

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Insertionspreis: Die Tagespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen für die Seite 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neue Noten zur Entwaffnungsfrage

Die Entente fordert die Stilllegung der Munitionsfabriken.

Berlin, 27. Juni. Nach Meldungen aus Paris bereitet die Entente eine Note an Deutschland vor, in der die deutsche Regierung aufgefordert werden soll, die noch arbeitenden Munitions-, Sprengstoff- und Waffenfabriken bis zum 15. August stillzulegen. Von diesen Fabriken sollen nur zwei für den Bedarf der Reichswehr weiterarbeiten dürfen. Die Note verlangt von der deutschen Regierung gleichzeitig, daß sie für die Stilllegung der Fabriken bis zum festgesetzten Termin bestimmte Garantien übernimmt.

Deutschland verlangt Fristverlängerung für die Räumung der neutralen Zone.

Paris, 26. Juni. (Havas.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Mayer, überreichte dem Sekretariat der Friedenskonferenz am Freitag nachmittag eine Note der deutschen Regierung, in der von den Alliierten eine Verlängerung der Frist verlangt wird, die Deutschland zur Räumung der neutralen Zone gewährt wurde. Es wird darin erklärt, daß es Deutschland unmöglich sei, diese Zone bis zum 10. Juli zu räumen. Diese Note kreuzte sich mit den drei Noten der Alliierten, die am Donnerstag dem deutschen Geschäftsträger überreicht wurden.

Paris, 26. Juni. Aus Anlaß der Übermittlung der neuen deutschen Note meint das Journal, dieser Zwischenfall sei ein neues Beispiel der von Berlin verfolgten Obstruktionstaktik, was die Auslieferung des Friedensvertrags, insbesondere der Entwaffnungsmaßnahmen betrefft. Die Deutschen hätten um eine Fristverlängerung, da sie die Entwaffnung nicht durchführen könnten. Dabei hätten sie noch über zwei Wochen Zeit bis zum letzten Termin. Der einzig glaubwürdige Grund für diese Note sei der hartnäckige Widerstand Deutschlands gegenüber allen Entwaffnungsversuchen. Die in Boulogne vorbereiteten neuen Noten kämen gerade zur rechten Zeit an, um dem Kabinett Fehrenbach zu verstehen zu geben, daß die Geduld erschöpft sei.

Zusammentritt des neuen Kabinetts.

Berlin, 26. Juni. Heute nachmittag 4 Uhr fand die erste Sitzung des neuen Kabinetts statt. Zunächst leisteten der Reichskanzler und die neu in die Regierung eingetretenen Minister den Eid auf die Verfassung. Darauf wurde unverzüglich in die Erörterung des neuen Programms der Regierung eingetreten, über das völlige Übereinstimmung erzielt wurde.

Die neue Regierung vor dem Reichstag.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Regierungsprogramm ist gestern in der Kabinettsitzung fertiggestellt. Der Reichskanzler Fehrenbach wird heute um 11 Uhr im Reichstag die Programmklärung, in der das Kabinett seine Ziele entwickelt wird, abgeben. In der zweiten, heute stattfindenden Sitzung beginnt dann die große politische Aussprache. Er werden heute nur die Redner der beiden sozialdemokratischen Parteien sprechen. Der Dienstag bleibt als katholischer Feiertag Sitzungsfreier. Am Mittwoch kommen dann die übrigen Parteien zu Worte. Die Vertagung des Reichstages soll nach Möglichkeit bereits am Donnerstag stattfinden. Die Unsicherheit der Regierung ist so groß, daß sie nach Möglichkeit eine Einberufung des Reichstages vor der Herbstsession zu vermeiden suchen wird.

Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Juni. Der Reichspräsident hat folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet: Nach § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 849) hat der Reichstag den Tag für die Präsidentenwahl zu bestimmen. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, veranlassen zu wollen, daß der Reichstag den Wahltag alsbald bestimmt.

Neue Lebensmittelunruhen.

Magdeburg, 26. Juni. Hier kam es heute vormittag auf dem Alten Markt zu schweren Ausschreitungen der über die hohen Obst- und Gemüsepreise erregten Volksmenge. Obst und Gemüse wurde auf die Straße geschüttet und man verfolgte die Verkäufer, die in nahegelegene Häuser flüchteten. Die Polizei war der vielhundertköpfigen Menge gegenüber machtlos. Schließlich wurden einige Schreckschiffe abgegeben und der Markt wurde geräumt, worauf dann wieder Beruhigung eintrat.

Bremeschen, 26. Juni. In den frühen Morgenstunden begannen auf den Märkten der drei Unterweserkübe Bremerhaven, Geestemünde und Lehe Lebensmittelunruhen. Die Menge bemächtigte sich der Verkaufsstellen und verkaufte die

Waren mit 100—200 Prozent Verlust. Es bildeten sich dann Trupps von Frauen aus dem Arbeiter und Mittelstand, welche die Lebensmittelgeschäfte in den Hauptstraßen kürzten. Die Unruhen hielten mittags noch an.

Duisburg, 26. Juni. Auf dem hiesigen Gemüse- und Obstmarkt erzwang eine große Menschenmenge die Herabsetzung aller Preise für Obst und Gemüse. Die Händler mußten Äpfeln für 2 M. das Pfund verkaufen, Gurken für 1 M., alle andern Preise wurden annähernd um die Hälfte herabgesetzt. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Hamburg, 26. Juni. Auch in Hamburg ist es zu Lebensmittelunruhen gekommen. Trupps von Menschen durchzogen die innere Stadt und schrieben in den Lebensmittel- und Grünwarengeschäften die Preise vor. Nachmittags rotteten sich Pöbelhaufen zusammen, kürzten die Frucht- und Gemüsegeschäfte und raubten eine große Anzahl von Schuhwarenläden in den verschiedenen Stadtteilen aus. In Altona wurde das Kaufhaus Naat u. Co. vollkommen ausgeplündert. Die Sicherheitswache greift überall ein. In Altona wurden zwei Leute aus der Menge erschossen. Es wurde auch eine größere Anzahl von Verhaftungen vorgenommen.

Ausnahmezustand über Hamburg.

Hamburg, 28. Juni. Gestern in den Abendstunden wurde, nachdem am Vormittag die wildesten Gerüchte über neue, besonders für heute — Montag — beabsichtigte Unruhen die Stadt erfüllt hatten, der Ausnahmezustand erklärt. Durch öffentlichen Anschlag wurde bekanntgegeben, daß zum Schutz des Eigentums der Bevölkerung und zur Sicherstellung der Lebensmittelfuhr die öffentliche Gewalt in die Hand des Polizeiherrn Senators Henke übergegangen sei, der gleichzeitig zum Regierungskommissar ernannt worden ist. Plünderer sollen nach der Verordnung händlich erschossen werden. Der Anschlag versetzte keine Wirkung nicht; sowohl in der inneren Stadt als auch in den Vororten, in denen der Pöbel am Abend zuvor besonders gehaust hatte, herrschte vollkommene Ruhe.

„Wiederherstellung der Ordnung“ in Württemberg

Stuttgart, 26. Juni. In Heidenheim, wo seit der Tenebrungsendgebung am letzten Dienstag ungesicherte Zustände herrschten, rückten heute früh Abteilungen der Polizeiwehr und der Reservewehr ein und besetzten die Stadt. Die „Hauptredaktionsleiter“ des Aktionsausschusses, der von der Arbeiterschaft zur Kontrolle der amtlichen Stellen eingesetzt war, wurde in Haft genommen. Ueber die Stadt ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Auslieferung der nach Auffassung der Einwohnerwehr an einen Teil der Arbeiterschaft verteilten Waffen wurde bis heute mittag 12 Uhr verlangt. Die Arbeiterschaft streikt seit Mittwoch.

Englands und Amerikas Friedensbedingungen.

Paris, 26. Juni. In der gestrigen Kammer Sitzung erklärte Abgeordneter Tardieu, daß zu Beginn der Friedensverhandlungen im Januar 1919 England und Amerika als Friedensbedingungen für Deutschland gefordert hätten: Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund; keine interalliierte Besetzung der Rheinlande, höchstens eine französische Besetzung für die Dauer von 18 Monaten; die Kohlengruben im Saarbecken sollten nicht in den Besitz Frankreichs übergehen, auch die Bevölkerung im Saargebiet sollte keinem besonderen Regime unterworfen werden; Deutschland sollte nur 40 Prozent aller Schäden an Menschen und an Gütern zahlen; nach 30 Jahren sollte es frei von allen Lasten sein, außerdem sollte ihm die Berechtigung zugestanden werden, die Hälfte der Entschädigungssumme in Papier zu zahlen; Deutschland sollte frei darüber beschließen können, ob es sich mit Frankreich vereinigen wolle. Das alles habe Clemenceau verhindert.

Untergang eines Gefangenentransportdampfers.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Lokalanzeiger meldet aus Ropshagen: Einem Telegramm aus Gellingsdorf zufolge wird aus Petersburg gemeldet, daß an der Mündung der Neva ein bolschewistischer Dampfer von 8000 T. gesunken ist. An Bord befanden sich 2000 militärische und nichtmilitärische Kriegsgefangene deutscher, österreichischer und englischer Nationalität, die sämtlich ertrunken sind.

Die Leiche des Genossen Schottländer gefunden.

Die Leiche des während der Rappage im März von den Schmettow-Truppen in Breslau gemordeten Redakteurs der Schlesischen Arbeiterzeitung Genossen Schottländer war seit dieser Zeit verschwunden. Am 23. Juni hat die Ober die Leiche aus Land gespült. Schottländer war erst 25 Jahre alt. Seine ganze Persönlichkeit widmete er dem Befreiungskampf des Proletariats und fiel als Opfer seiner lauterer Überzeugung. Seine Mörder laufen — wie in Deutschland nicht anders zu denken — frei herum.

Ein gesegnetes Jahr.

E. P. Aus dem Ozean von Blut und Tränen, in den der Weltkrieg die Menschheit getrieben hat, quillt unendlicher Segen für den Kapitalismus. Während das Proletariat sich unter den Nachwirkungen des Völkergemeinens in Qual und Pein windet, steigen die Gewinne der besitzenden Klasse ins Unermessliche. „Sie häufen Reichtum, während die Allgemeinheit Not leidet und verarmt“, so hieß es schon in einem Flugblatt, das von den oppositiven Gruppen der Sozialdemokratie schon im ersten Kriegsjahre verbreitet wurde. Damals wurde diese Voraussage von der Mehrheit der Bevölkerung nicht beachtet; sie ist Wort für Wort eingetroffen, ja, noch mehr, die schlimmsten Befürchtungen über die Folgen des Weltkrieges sind von der Wirklichkeit noch überholt worden. Was der Krieg noch übrig ließ, das hat die Nachkriegszeit vollendet.

Die Veröffentlichungen der Jahresabschlüsse der großen Industrie- und Handelsunternehmungen haben gezeigt, daß das Jahr 1919 eine Profitalle über das Kapital ausgeschüttet hat, wie die Bourgeoisie es sich in den Tagen des militärischen und politischen Zusammenbruchs nicht hätte träumen lassen. Diesen glänzenden Berichten sind vor kurzem die Veröffentlichungen der Bilanzen der deutschen Großbanken gefolgt. Sie runden das Bild ab, sie ergänzen es noch durch den Nachweis, daß die Konzentration des Kapitals in Deutschland sich außerordentlich schnell entwickelt, sie zeigen, daß das deutsche Wirtschaftsleben heute schon zum größten Teile von dem in diesen Banken vereinigten Kapital beherrscht wird. In der Spitze von ihnen steht die Deutsche Bank, ihr folgen die Diskontogesellschaft, die Dresdner Bank, die Darmstädter Bank, die Nationalbank für Deutschland, die Berliner Handelsgesellschaft, die Commerz- und Diskontobank und schließlich die Mitteldeutsche Kreditbank. Während für das Jahr 1918 fünf von diesen Banken die Dividenden herabsetzen und nur drei sie auf der gleichen Höhe halten konnten, sind die Gewinne sämtlicher Banken im vergangenen Jahre durchweg erheblich in die Höhe gegangen, so daß die Dividenden trotz der außerordentlich gestiegenen Aufkosten und der starken Rückstellungen beträchtlich erhöht werden konnten. Was das Wesentliche bei diesen Banken ist und wodurch sie sich die beherrschende Stellung im deutschen Wirtschaftsleben erobern konnten, das ist die Tatsache, daß sie nur zum kleinen Teil mit eigenem Kapital arbeiten; in der Hauptsache sind es die ihnen anvertrauten fremden Gelder, die ihr Betriebskapital bilden. Diese fremden Gelder betragen Ende 1915 6,9 Milliarden, Ende 1916 9,4 Milliarden, Ende 1917 15,2 Milliarden, Ende 1918 19,7 Milliarden und stiegen schließlich Ende 1919 auf 39,130 Milliarden Mark. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in diesen Summen nicht allein die wirkliche Steigerung des Geldverkehrs, sondern zum erheblichen Teile auch die Aufblähung der deutschen Geldzeichen zum Ausdruck kommt, so bleibt doch die Tatsache von der beherrschenden Stellung dieser acht Banken im deutschen Geld- und Wirtschaftsverkehr übrig.

Das eigene Kapital betrug Ende 1919 bei der Deutschen Bank 275 Millionen, bei der Diskontogesellschaft 310 Millionen, bei der Dresdner Bank 260 Millionen, bei der Darmstädter Bank 160 Millionen, bei der Berliner Handelsgesellschaft 110 Millionen, bei der Commerz- und Diskontobank 110 Millionen, bei der Nationalbank 90 Millionen, bei der Mitteldeutschen Kreditbank 60 Millionen Mark, insgesamt also 1350 Millionen Mark. Das fremde Kapital, mit dem diese Banken gearbeitet haben, ist also 20mal so hoch wie das eigene. Ohne den Vortrag aus dem Jahre vorher haben die Banken im vorigen Jahre 690 Millionen Bruttogewinn erzielt. Nach sehr erheblichen Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von etwa 240 Millionen Mark. Das ist der Gewinn, der offiziell angegeben wird. In Wirklichkeit ist er viel höher, denn Reservensummen sind hinter Buchungen versteckt worden, die sich bei der öffentlichen Finanzausstellung nicht herausfinden lassen. Selbst der Frankfurter Zeitung, dem führenden deutschen Handelsblatt, erscheinen die Gewinne der Banken heftigst sowohl nach der privatwirtschaftlichen als auch nach der volkswirtschaftlichen Seite. Sie schreibt darüber:

„Denn den Gewinnen haftete ein recht bitterer Nachgeschmack an: der Löwenanteil ist nicht wie einst ein Tribut produktiver Arbeit; in weitgehendem Maße sind die Dividenden dieses Mal als Früchte einer Scheinsonjunktur, als Aussonderungen aus einem kranken Körper zu charakterisieren. Man nehme die Zinsgewinne: sie sind die Vermittlungsgelühren zwischen dem Schöpfer und dem Ruhniener der Inflation. Man nehme die Provisionen: sie sind die Maklerportien für eine in Ursache und Wirkung gleichbedeutliche Spetula-

Monat. Man nehme vor allem die Volksgewinne: Sie sind die Haupterlöse einer vom Staat tolerierten Spielbank und gleichzeitig die letzten Sparpennige eines Totkranken.

Diese günstige Konjunktur bei den Großbanken ist aber nur eine Widerspiegelung der ungeheueren Gewinne, die das gesamte Kapital im vorigen Jahre erzielt hat. In welche Industrie man auch hineinkommt, überall sind die Profite im vergangenen Jahre 1919 gewaltig in die Höhe gegangen. Nehmen wir die chemische Großindustrie. In den ersten Monaten des vergangenen Geschäftsjahres haben die chemischen Werke, bei denen die Verwertung außerordentlich weit fortgeschritten ist, nach den von ihnen ausgegebenen Geschäftsberichten mit erheblichen Überschüssen arbeiten müssen. Die ungeheure Entwertung der deutschen Wälua, die die Lebenslage der minderbemittelten Bevölkerung so außerordentlich verschlechtert, hat der chemischen Industrie einen glänzenden Aufschwung gebracht. Sie konnte ihre Vorräte und Fabrikate mit großem Gewinn an das Ausland verkaufen, und schließlich wurden die Jahresabschlussergebnisse so günstig, daß die Bilanzen mit Riesengewinnen abschließen konnten. Bei den sechs bedeutendsten Aktiengesellschaften der chemischen Industrie, die der Interessengemeinschaft angehören, stieg die Dividende im vergangenen Jahre im Durchschnitt um 4,74 auf 18,31 Prozent.

Ein zweites bezeichnendes Beispiel ist die Brauindustrie. Je dünner das Bier wurde, desto höher stiegen die Gewinne der Großbrauereien. Sie waren in der Lage, kleinere Betriebe in erheblichem Maße aufzukaufen. Wie weit die Kapitalkonzentration im Brauereiwesen vorgegangen ist, das zeigen die Verschmelzungsverhandlungen von Schultzei und Wagnhofer, die jetzt vor ihrem Abschluß stehen. Beide Brauereien sind nicht allein in sich schon Riesetriebe, sondern jede dieser Aktiengesellschaften bildete auch bisher schon einen starken Konzern in sich selbst. Schultzei hat seit langem die größte Absatzkraft in Deutschland gehabt, seine Unternehmungen besonders durch Aufkäufe von Brauereien in der Provinz über große Teile des Reiches ausgedehnt. Wagnhofer ist nicht so bedeutend wie Schultzei, stellt aber gleichfalls gegenüber den sonstigen Betrieben der Brauindustrie ein Riesunternehmen dar. Durch die Zusammenlegung ihrer Niederlagen und Vertriebsrichtungen wollen die beiden Unternehmungen ihr Personal und ihre Sachposten, vor allem aber die Frachten und die Kosten für Gespanne wesentlich herabmindern. Ohne Zweifel wird der Zusammenschluß zu einer weiteren Steigerung der Gewinnmöglichkeiten und zur noch schnelleren Verwertung im Braugewerbe führen.

In welcher Weise das Kapital diese außerordentlich günstige Konjunktur auszunutzen versteht, dafür liefert ein in der Öffentlichkeit bisher wenig beachteter Vorgang wieder einmal einen deutlichen Beweis. Vor kurzem tagte die Generalversammlung der Deutsch-überseeischen Elektrizitätsgesellschaft. Diese Gesellschaft war bisher das größte deutsche Auslandsunternehmen. Nun ist es richtig, daß die Kapitalbeschaffung für viele Industrien außerordentlich schwierig ist, da durch die ungeheure Aufblähung der deutschen Mark die Betriebsmittel wesentlich vermehrt werden mußten. Auch bei diesem Unternehmen, das vor dem Kriege hauptsächlich in Südamerika gearbeitet hat, wäre wohl möglich gewesen, es in deutschen Händen zu behalten, wenn nur der Wille dazu dagewesen wäre. Aber der Patriotismus verlor bei den Aktionären sofort, als sich ihnen eine günstige Gewinnchance durch den Verkauf des Unternehmens an das Ausland eröffnete. Es hat sich nämlich ein spanisches Konsortium gebildet, das für die Übernahme der Deutsch-überseeischen Elektrizitätsgesellschaft ein günstiges Angebot machte. Die Verwaltung schlug der Generalversammlung den Verkauf vor und die Aktionäre genehmigten ihn, ohne ein Wort „vaterländischen“ Bedenkens zu äußern. Sie haben einen erheblichen Wäluatgewinn erzielt, und der erscheint ihnen wichtiger als „aller Patriotismus“.

So war das vergangene Geschäftsjahr ein gesegnetes Jahr für das Kapital, an das es noch lange mit höchster Beschäftigung zu rüdenken wird. In derselben Zeit hat sich die Lebenslage der wertvollen Bevölkerung maßlos verschlechtert. Je höher die Dividenden stiegen, desto schlimmer wurden die Zeiten für das Proletariat. Den Arbeitern zeigen diese Vorgänge erneut, wie notwendig die Befestigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen ist!

Der 10prozentige Steuerabzug und die Parteien.

Nach ehe die Bestimmung des § 44 des Reichseinkommensteuergesetzes in Kraft tritt, wonach Beamten, Angestellten und Arbeitern 10 Prozent vom Gehalt und Lohn abgezogen werden sollen, sehen sich die Schöpfer dieser Bestimmung veranlaßt, im Reichstag Anträge einzubringen, die verhindern sollen, daß die Bestimmung angewandt wird. Rechtssozialisten, Zentrum und Demokraten waren es, die diese famose Bestimmung geschaffen haben, obwohl sich gerade diese Parteien fortgesetzt als die patentierten Vertreter der Arbeiter und Beamten aufstellten. Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion hatte bei der Beratung des Steuergesetzes beantragt, diese Bestimmung zu streichen, und sie hatte ihren Antrag mit trefflichen und guten Gründen belegt. Was wurde ihr damals von rechtssozialistischer Seite geantwortet: Der Antrag werde nur aus agitatorisch-demagogischen Gründen gestellt, und auch den Hinweis ließ man nicht gelten, daß diese Bestimmung ein Ausnahmegesetz gegen Arbeiter und Beamte sei. Besonders der Abgeordnete Braun aus Nürnberg tat sich in der Bekämpfung dieses Antrages hervor.

Jetzt, wo die Beamten und Arbeiter sich endlich aufraffen und gegen das Ausnahmegesetz Stellung nehmen, kommen plötzlich jene Parteien mit Anträgen an den Reichstag und ersuchen die Regierung, die Bestimmung des § 44 über den Steuerabzug nicht in Kraft zu setzen. Es liegt offen zu Tage, daß nicht die pflichtige Erkenntnis über die Ungerechtigkeit dieser Bestimmung jene Parteien zu ihrem Antrag veranlaßt, sondern es geschieht durch den Druck der Betroffenen selbst, die sich jetzt zur Wehr setzen. Das Hamburger Echo vom 25. Juni bringt jetzt noch den Artikel gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, weil sie sich gegen den Steuerabzug gewandt hat. Die Echo-Redaktion weiß also noch nicht, was in ihrer eigenen Partei vorgeht, daß sie mit diesem Artikel, statt die Unabhängigen zu treffen, die eigene Wolltüt trifft. Der Artikel hatte die Runde durch die mehrheitssozialistischen Blätter gemacht und stammt offenbar aus der verächtlichen Artikelfabrik von Heilmann. Das Echo hat ihn gut lagern lassen

und bringt ihn nun gerade zur ungelegenen Zeit. Am nachzuweisen, wie gut jene Ausnahmebestimmung für die Arbeiter ist, geht es in dem Artikel:

Beschwiegen wird auch, daß der Gerichtsvollzieher in hunderttausend Arbeiterwohnungen wegen der Steuerreste Besuche zu machen hatte, die nun bei dem 10prozentigen Steuerabzug unterbleiben werden. Auch dies wird den Arbeitern zur besseren Auffklärung nicht erzählt. Die Arbeiter und Angestellten sollen eben nicht wissen, daß der Steuerabzug eine sehr soziale, dem Haushalt der Arbeiter ersichtliche Erleichterung ist.

Seit dem Jahre 1883 lehrt die Sozialdemokratie, daß die direkten Steuern vor den indirekten den Vorrang verdienen. Die Gesetzgebung der Nationalversammlung hat das direkte Steuersystem mit der äußersten Schärfe unter Heranziehung des großen Bestandes in Deutschland eingeführt. Wer verkennt nun den Arbeitern diesen größten Fortschritt in der Steuerpolitik, die in dieser Folgerichtigkeit Ferdinand Lassalle sicher nicht für möglich gehalten hat? — Die USP!

Die Rechtssozialisten können nur froh sein, daß Lassalle nicht mehr lebt, sonst würden sie wahrscheinlich eine Antwort von ihm erhalten, die noch etwas derber ist als die, die die Arbeiter jetzt den Steuerpolitikern geben. Es sind nur agitatorisch-demagogische Gründe, die den interfraktionellen Antrag auf Suspension veranlassen, dagegen steht die Unabhängige Sozialdemokratie mit ihrer grundsätzlichen, die Arbeiter- und Beamteninteressen vertretenden Politik gerechtfertigt da. Sowie leicht auch den Schöpfern jener famosen Bestimmung nun ein, daß sie scharf angewendet bei jedem Lohn- und Gehaltstag das Millionenheer der Arbeiter und Beamten immer aufs neue aufpöckelt und ihm zum Bewußtsein bringt, wie ungerecht es in der neu-deutschen Republik behandelt wird.

Nebenbei mag erwähnt werden, daß über den § 44 bei der dritten Lesung des Gesetzes namentlich abgestimmt wurde, so daß die Arbeiter und Beamten nachprüfen können, wer für jene famose Bestimmung und wer dagegen war.

Ein Kommunistenprozeß in Berlin.

Der Mordprozeß gegen die drei Angehörigen der Kommunistischen Jugendbewegung (Himmann, Hoppe und Winkler) wurde am Freitag fortgesetzt. Staatsanwaltlicher Ortmann hat den Vollzeitschreiber, von dem die Verteidigung behauptet, daß er der Anführer und Haupttäter bei der Ermordung des Blau ist, noch nicht herbeiführen können. Die Polizeidirektion München hat geantwortet, daß ihr der jetzige Aufenthalt des Schreiber unbekannt sei. Er ist über Lindau nach der Schweiz abgehoben worden. Verteidiger Weinberg sagt an, daß der Präsident der Antikommunistischen Liga, Herr von Salzenberg, um Ansturm angegangen wäre.

Es kommt dann zur Sprache, daß man dem Angeklagten Hoppe, um ihm ein Geständnis zu entlocken, die berüchtigte Politisierungs-Schreiber-Methode in Männerkloster in die Zelle geschickt habe, während man den damals verhafteten Leuschner zu dem gleichen Zweck mit dem Vollzeitschreiber zusammengeführt hatte. In der weiteren Vernehmung des Angeklagten Hoppe wurde dessen Religiösität und Frömmigkeit, als hypnotisches Medium zu benutzen, eingehend erörtert. Staatsanwalt Dr. Ortmann: Wäre der Angeklagte behauptet, daß er im vorliegenden Fall hypnotisiert worden sei und den Mord im Schlafzustand ausgeführt habe? Hoppe: Ich bekenne meine Teilnahme am Mord. Soweit ich gehandelt habe, übernehme ich auch die Verantwortung.

Bei der Fortsetzung des Verfahrens erklärt Hoppe, daß er bei der Festhaltung des Blau keine Tätigkeitsabsichten gehabt habe. Nach seiner Meinung sollte Blau als Spion zwangsweise fotografiert werden. Rechtsanwalt Weinberg weist darauf hin, daß es schon früher bei der Sozialdemokratischen Partei üblich gewesen sei, Vollzeitschreiber zwangsweise zu fotografieren, um mit Hilfe der Bilder warnen zu können. Er beantragte hierüber den ehemaligen Parteipräsidenten Eugen Zentz zu vernehmen, der seinerzeit als Stellvertreter für Spionphotografieren gemeldet sei. In der weiteren Vernehmung wird erörtert, daß Blau von einem gewissen Doktor Schreiber mit Stolz konfrontiert werden sollte, wobei der Vorsitzende Hoppe fragt, ob Dr. Schreiber nicht ein Verdammnis des bekannten Kommunistenführers Dr. Leo ist. Hoppe erklärt, daß diese Vermutung völlig aus der Luft gegriffen wäre. Die Zentrale habe von der ganzen Angelegenheit erst später erfahren. Nach Bekanntwerden der Ermordung Blaus haben sich alle Mitglieder der Zentrale um den R. S. D. sehr beschäftigt über die Tat geäußert. Hoppe schildert dann die Vorgänge vor der Tat selbst. Nachdem man Blau unter dem Vorwand, er könne durch Preisgabe seiner Kenntnisse aus seiner Tätigkeit für die Antikommunistenliga ein neues Geschäft machen, veranlaßt hat, in die Wohnung des Mitangeklagten Winkler mitzugehen, kamen dort drei unbekannte Männer, die sehr brutal ausliefen. Es war die Rede davon, daß der Spion Blau sein lauberes Handwerk die längste Zeit getrieben habe, er müsse endlich weg. Hoppe verzweifelte die drei von ihrer Absicht abzubringen und erklärte eine Lösung für falsch, weil von Blau noch viel wertvolles Material zu erhalten sei. Die Drei ließen sich jedoch nicht beeinflussen, im Gegenteil ihre Haltung wurde immer drohender, so daß Hoppe schließlich die Wohnung verlassen mußte. Vorsitzender: Sie hätten zu diesem Zeitpunkt den Mord doch noch verhindern können, indem Sie die Polizei benachrichtigten. Das haben Sie nicht getan. Hoppe: Nein, ich irrte auf der Straße herum. Erst jetzt wurde mir klar, daß man mich betrogen hatte, ich hatte bis dahin geglaubt, daß es sich lediglich um eine Konfrontation mit Stolt handeln sollte. Ich war wegen meines Freundes Will in großer Unruhe, weil ich nunmehr wußte, daß seine Wohnung zu einem Verbrechen benutzt würde. Ich war nach Hause gegangen, konnte aber nicht schlafen und ging wieder zur Großbrennstraße, wo ich erst nach einer Stunde wieder ankam. Es kamen gerade zwei Männer herunter, die mir sagten, die Leiche sei schon auf der Treppe und fragen, ob die Straße frei sei. Gleich darauf wurde die in eine Decke gehüllte Leiche heruntergebracht und in den Dausfuß niedergelegt. Auf der Straße kam Schreiber, ein großer starker Mann, er nahm allein die Leiche auf die Schulter. Wir gingen dann bis zum Kanal. Es war ein Weg von ungefähr drei Minuten. Schreiber schickte die Leiche über das Gitter, auf die Halbinsel, wo sie zuerst liegen blieb. Es gab einen der Leiche einen Schubs, wobei sie ins Wasser rutschte. Vorsitzender: Angeklagter Hoppe, es handelt sich um einen Mord und es geht um Ihr Leben. Können Sie uns die Leute, die bei der Tat zugegen gewesen sind, nicht namhaft machen? Hoppe: Nein. Vorsitzender: Sie bleiben mit aller Bestimmtheit dabei, daß Sie nicht, wie bewiesen werden soll, bei der Mordtat selbst zugegen gewesen sind und Sie betreiten namentlich, daß Sie selber den Strich zugezogen haben. Hoppe: Es ist ja, wie ich bereits hier ausgelegt habe, Vorsitzender: Warum haben Sie dann einen Kaliber an Winkler im Gefängnis geschrieben, der Sie sehr schwer belastet? Hoppe: Ich hatte damals vor ein Kriegsgericht kommen sollen, zu dem ich bereitwilligste kein Vertrauen haben konnte. Ich gebe zu, daß ich in einen starken Verdacht der Teilnahme am Mord kommen konnte und daß ich keinen anderen der beteiligten Personen kannte, die mich entlasten konnten, habe ich mich auf Winkler besogen. Was ich in dem Kaliber schrieb, war die Wahrheit, die ich meinem Freunde nur in das Gedächtnis zurückrufen wollte, damit er nicht aus Furcht falsche Angaben machen würde. Der Kaliber, der Winkler nicht erzielte, da er von einem Gefängnisbeamten konfisziert wurde, enthält folgende Aussagen: „Herr Will! Gesetze bei der Verhandlung ein, daß Du die Wohnungsdirektion auf mein Verlangen einem Unbekannten in drauem Anzug auf ein bestimmtes Parolwort ausgehandigt hast. Es kommt hier darauf an, das Leben zu retten, alles andere wäre doch von kurzer Dauer, denn die Zeit arbeitet für uns. Ich habe alles eingehandelt, bin auch zu deiner Wohnung mit herauf gegangen, da ich aber merkte, daß die Leute schlechte Lehnten hatten und ich nicht damit einverstanden war, sondern dafür war, daß Blau schlachten und dem Stolt gegenüberstellen. Ich brauche entweder Dich oder Schreiber als Mithilf-Jungen. Mit kommunistischem Gruß Erwin.“ Nach der Mittagspause begann die Vernehmung des dritten Angeklagten Will. Winkler befragt alle Angaben Hoppes. Mit großer Bestimmtheit erklärt er, daß er die Wohnung nur zu einer Überführung zur Vernehmung gestellt habe und daß Hoppe vor der Tat im nicht von Blau und nicht von einem unbekannten Verbrechen gesagt habe. Er sei bei der Zurückgabe des Kalibers habe ihm Hoppe über das Vorkommnis verständigt und mit ihm verabredet, was man

bei einer vorzeitigen Vernehmung sagen wollte. Es folgt nunmehr die Vernehmung der medizinischen Sachverständigen über die Todesursache des Blau. In ihrem ersten Gutachten, als die Sachverständigen noch nicht wußten, daß es sich um einen Gewalttäter handelte, ließen sie die Frage, ob der Tod durch Erdrücken, Erhängen oder Ertrinken erfolgt sei, offen. Jetzt erklärte aber Professor Dr. Strauß und Sanitätsrat Schmetz mit Bestimmtheit, daß der Tod auf die Erdrückung zurückzuführen sei. Es kam hierüber zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Verteidigung.

Agrarier und Fleischversorgung.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer haben in ihrer Sitzung vom 23. d. M. einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: Die ständige Kommission hält den Beschluß des Reichsernährungsministeriums betreffend eine anderweitige Regelung der Bewirtschaftung des Schlachtochters für unannehmbar, da dieser auf eine weitere Verfestigung der Zwangsbewirtschaftung hinausläuft. Die Kommission erklärt, daß die gesamte Landwirtschaft nicht mehr bereit ist, sich der Zwangsbewirtschaftung mit Schlachtochtern zu fügen. Die Landwirtschaft wird bereit sein, einen noch näher festzulegenden Mindestbetrag von Schlachtochtern auf dem Wege der Lieferungsverträge unter der Voraussetzung sicherzustellen, daß die zur Einfuhr vorgesehene Maimenge den Märkten zu einem annehmbaren Preise und in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt wird.

Daß die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung zu einer weiteren enormen Erhöhung der Fleischpreise führen muß, bedarf nach den bisher mit der „freien Wirtschaft“ gemachten Erfahrungen keines Beweises. Sie würde dazu führen, daß die minderbemittelte Bevölkerung die geringen Portionen Fleisch, die sie jetzt noch zugeteilt bekommt, auch nicht mehr kaufen könnte. Der Beschluß der agrarischen Wortführer muß deshalb wie eine Provokation der Arbeiterklasse wirken. Bemerkenswert ist der Ton des Beschlusses: „die gesamte Landwirtschaft ist nicht mehr bereit“ — sich den Gesetzen zu fügen. Was sagt die neue Regierung, die nach ihrem Programm, soweit es bisher bekannt geworden ist, so großen Wert auf die „Verbündung der Klassen“ legt, zu einer derartigen Herausforderung?

Zur Fleischnot.

Nach den Ergebnissen der Schlachtleh- und Fleischschau sind im ersten Vierteljahr 1920 (bzw. 1919) im Reichsgesamt (die heute abhängigen Gebiete sind auch für 1919 entprechend in Abzug gebracht) geschlachtet worden:

	1920	1919
Ochsen	59023	110281
Bullen	59754	78182
Rühe	198028	284758
Jungriinder über drei Monate	159140	287155
Kälber bis drei Monate	218538	289507
Schweine	861468	886177
Schafe	48552	84745
Ziegen	168895	102429
Pferde und andere Einhufer	42488	217310
Hunde	2087	2811

Es ist demnach im ganzen ein für die Fleischversorgung geradezu katastrophales Rückgang der Schlachtungen eingetreten. Eine Ausnahme machen nur die Schlachtungen von Schweinen und Ziegen. Im ersten Vierteljahr 1920 zeigt die Provinz Hesse-Nassau einen auffällig großen Anteil an den Schweineschlachtungen (118528), der den aller anderen Gebietsstellen erheblich übertrifft. In Berlin fanden nur 5788 Schweineschlachtungen statt. Auch der in der Statistik erwähnte Wert ist nur mit einem geringen Bruchteil an den Schweineschlachtungen beteiligt. Es ist eine empörende Erscheinung, die darin zu Tage tritt, daß das beste Fleisch fast ganz der landwirtschaftlichen Bevölkerung vorbehalten ist. An den Ziegen schlachtungen hat Berlin einen großen Anteil (80861). Die meisten Hunde wurden in Sachsen geschlachtet.

Spiegelwirtschaft.

Wir erhalten die folgende Zuschrift: In Nr. 70 Ihrer Zeitung vom 23. v. M. bringen Sie die von 17. v. M. datierte Berichtigung des Politisierens zu dem 18. Nr. 60 der Leipziger Volkszeitung vom 16. v. M. enthaltenen gegen Artikel „Spiegelwirtschaft“ zum Abdruck und knipfen daran eine ausführliche Erklärung des Herrn Dr. Curt Geper, die nicht unmissverständlich hiesigen kann. Nachdem sich das Politisieramt mit Herrn Professor Hauber, der schon seit längerer Zeit nicht mehr beim Politisieramt tätig ist, deswegen in Verbindung gesetzt hat, erwidert es auf die Erklärung folgendes:

1. Herr Professor Hauber hat nie zur „politischen Polizei“ gehört. Er ist, wie schon einmal betont wurde, beim Politisieramt stets nur als Kriminalkommissar tätig gewesen.
2. Eine politische Polizei im Sinne der Einrichtungen vor der Revolution gibt es beim Politisieramt der Stadt Leipzig bereits seit dem 10. November 1918 überhaupt nicht mehr. Die übrigens zu diesem Zeitpunkt um mehr als zwei Drittel ihres früheren Bestandes verminderte ehemalige politische Abteilung des Politisieramtes befaßt sich außer mit Ermittlungen vor Erteilung von Strafverurteilungen für Reisen in das Ausland und das besetzte Gebiet pflichtgemäß nur noch mit der Aufklärung von nach dem Reichsstrafgesetzbuch oder anderen kaiserlichen Bestimmungen strafbaren und vom Politisieramt angezeigten politischen Verbrechen und Vergehen, wie Hochverrat, Landesverrat usw. Das wird Ihnen auch Herr Stadtverordneter Schell bestätigen, der seinerzeit über alle diese Abteilungen betreffenden Angelegenheiten und insbesondere auch über die Sache Schellstein eingehend unterrichtet worden ist und seit dem 11. Mai v. J. erfolgten Ausscheiden aus dem Politisieramt an den Einrichtungen und Verhältnissen der ehemaligen Abteilung nicht das geringste geändert worden ist.
3. Es ist nicht richtig, daß Herr Professor Hauber bei den Verhandlungen mit Herrn Dr. Geper und den Kommunistenführern am 22. April v. J. seiner Verurteilung darüber Auskunft gegeben hätte, daß Schellstein bei seiner Zuführung zur Staatsanwaltschaft durch zwei Kriminalbeamten drei Tage zuvor in die gewalttätig bestoht worden wäre. Nichtig ist vielmehr, daß Herr Professor Hauber bei dieser Unterredung der wiederholt aufgestellten Behauptung der anwesenden KPD- und USP-Führer entgegentrat, daß Schellstein eine bei der Leipziger Arbeiterkammer allgemein beliebte und allen von Angehörigen bekannte Persönlichkeit sei, dessen angeblich im Gange befindliche gewalttätige Verurteilung durch die Massen von deren Führern sich nicht mehr aufhalten könne.

Nun in diesem Zusammenhang kann eine Aufklärung etwa des Inhalts gefaßt sein, daß eine gewalttätige Verurteilung Schellsteins aus dem politischen Gewand, wenn er wirklich die allgemein bekannte Persönlichkeit wäre, als die man ihn hinstellt, viel leichter am vorausgenommenen Okzessionen hätte erfolgen können, als Schellstein, nur von zwei Kriminalbeamten begleitet, zu Fuß vom Politisieramt nach der Gefangenenanstalt in der Eisenstraße gebracht worden sei.

4. Herr Professor Hauber hat weder im Falle Schellstein noch sonst jemals „die Spiegelwirtschaft durch Angaben unterstellt“, sondern stets nur in seiner damaligen Eigenschaft als Kriminalkommissar durch die ihm zugeordneten Kriminalbeamten die ihm zur Verurteilung übergebenen strafbaren Handlungen ermittelt und aufgeklärt, wogegen er gesetzlich verpflichtet war.

Neue Unruhen in Italien.

T. U. Rom, 28. Juni. In Ancona meuterte gestern ein Bataillon der Bersaglieri, nahm die Offiziere gefangen und ver...

Wien, 27. Juni. Bei der Pfändung von Wäden in Ploam...

Eine Mahnung der sozialistischen Parteileitung.

Mailand, 25. Juni. Dem Avanti zufolge wird der leitende Ausschuss der sozialdemokratischen Partei und der sozialistischen...

Um die Türkei.

Im englischen Oberhaus erklärte Lord Curzon auf das Verlangen, einen arabischen Staat zu errichten, die britischen...

Die türkische Antwort auf die Friedensvorschläge.

Paris, 28. Juni. Wie der Londoner Vertreter des Temps berichtet, wird die Antwort der türkischen Regierung auf die Friedensvorschläge...

Die Kämpfe in der Türkei.

Nach einer Privatmeldung des Temps aus London haben Regierungskreise den Eindruck, daß Mustafa Kemal...

Deutschland.

Die Lebensmittelkravalle — das Werk der Reaktionäre.

In einem besonderen Bericht der Freiheit über die Unruhen in Bremen heißt es: „Bemerkenswert ist, daß auf dem Markt und in den Straßen von bürgerlichen Herren (Antikamern)...

Neue polnische Ausschreitung in Oberschlesien.

Kattowitz, 27. Juni. In Rainsdorf bei Kofel überfiel gestern abend, wie die Oberschlesische Morgenzeitung meldet, eine bewaffnete polnische Bande von 20 Mann die dortige Gründungs...

Roske regiert wieder.

Berlin, 26. Juni. Der frühere Reichswehrminister Gustav Moske ist zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt worden. Armes Hannover!

Von Nah und Fern.

Grubenunglück.

Glücksberg, 28. Juni. Auf der Sohle des Schachtes I der Festschleibung hat sich gestern ein schweres Grubenunglück ereignet. Beim Einmontieren eines neuen Förderwerkes ergab...

Stahlfurt, 27. Juni. In der Nähe des Orts wurde gestern ein Waldbrand von drei Hektaren überfallen, die ihm die Besatzung mit 125 400 M. raubten. Die Tische wurden später im Waide gefunden. Die Täter entkamen unerschrocken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Heißner in Leipzig. Verantwortlich für den Anseratenteil: Friedrich Wille, Vordorfer-Verlag. Druck und Verlag: Politischer Anzeiger-Verlag, Leipzig. Diele Nummer umschließt 8 Seiten.

5. Herr Meßner hat niemals, weder im Falle Schleifstein noch in irgendeiner andern Sache, „zu Gefehwidrigkeiten angeregt“.

Der Raum unserer Blätter ist uns zu kostbar, um uns mit Herrn Meßner über die Diskussion darüber einzulassen, ob es in Leipzig eine politische Polizei und eine Spitzelwirtschaft gibt.

Bundesstag des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten.

Uns wird geschrieben: Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten hielt in Eisenach seinen zweiten Bundesstag ab. Für die Zentrale der U. S. V. D. hielt der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Moses die Begrüßungsansprache.

Ungarn vor einem Offiziersputsch?

Unter dem Druck des Weltboykotts gegen Ungarn hat die Regierung in Budapest nach Mitteilung der Wiener Arbeiterzeitung einen schändlichen Anlauf zur Entwaffnung der Terroristen und zur Auflösung ihrer gewaltigen Hölzerorganisation...

Was für eine selbstlose Haltung gegen die Träger der Macht unternommen und sich es auch nicht zu, daß andere es tun mögen: nun aber bin ich der erste, der die Regierung schuldig spricht, daß sie unter dem Einfluß der Fremden die schändliche nationale Bee...

Budapest, 24. Juni. Eine Proklamation gibt bekannt, daß Offiziersdetachements gegen Budapest marschieren. Infolgedessen hat sich in der Bevölkerung eine außerordentliche Unruhe bemerkbar gemacht, da man befürchtet, daß es zu Pogromen kommen könnte.

Der Boykott gegen Ungarn.

Wien, 26. Juni. Vertreter der Bürger- und Ständekreise erklären heute beim Staatskanzler Dr. Renner, um anzukündigen, daß der Bürger- und Ständekreis eine technische Resolution wegen des Boykotts gegen Ungarn zu organisieren bereit wäre und anzuf...

schauung Ausdruck, daß sich die demissionierte Regierung mit dem Boykott in keiner Weise identifiziere. Sie betrachte dies als eine internationale und soziale Aktion.

Wien, 26. Juni. Den Blättern zufolge beschlossen die Bediensteten der Schiffsahrtsgesellschaften, auch den Personenverkehr nach Ungarn auf dem Wasserwege einzustellen.

Vor Verhandlungen.

In einer Besprechung zwischen Staatskanzler Dr. Renner und dem ungarischen Gesandten Dr. Gray ist der Gedanke der Vermittlung Renners zwischen der ungarischen Regierung und dem Internationalen Gewerkschaftsbund aufgetaucht.

Blutige Zusammenstöße an der ungarisch-rumänischen Grenze.

Budapest, 26. Juni. (Ungar. Korresp.-Bureau.) Wegen der außerordentlich strengen Grenzpolizei, die von Rumänien an der ungarisch-rumänischen Demarkationslinie aufrechterhalten wird, gibt sich unter der Bevölkerung des von den Rumänen besetzten Gebietes großer Unwille kund.

Mitglieder der britischen Delegation über Sowjet-Rußland.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung der U. S.) Unser Berliner Korrespondent hatte gestern Gelegenheit, mit den beiden Mitgliedern der englischen Gewerkschaftskommission, die zur Zeit in Berlin weilen und von ihrer Informationsreise durch Sowjetrußland nach England zurückkehren, Miß Snowden und Dr. Geest, über ihre Erfahrungen in Rußland zu sprechen.

Die Vorgänge im Osten.

Die russische Offensive.

Die seit einem Monat angekündigte große bolschewistische Offensive, die dann jedesmal wieder demontiert wurde, scheint nun tatsächlich auf der ganzen Linie eingesetzt zu haben. In dem letzten amtlichen Moskauer Bericht heißt es, daß infolge des Eingreifens der russischen Kavallerie in die vorderen polnischen Linien folgendes Ergebnis erzielt sei:

Ausgehend von dem Einbruch in die polnische Front hat die russische niederstürmende Offensive auf der ganzen Front begonnen. Die 3. polnische Armee hat auf die Gefahr hin, ganz in unsere Hände zu fallen, ihre Konvois, Depots und Lager vernichtet. Ihr Rückzug ist in Flucht ausgeartet.

Die Bolschewisten räumen den Murman-Distrikt.

Sankt Petersburg, 28. Juni. Der Murman-Distrikt ist nach hier eingetroffenen Nachrichten von den Bolschewisten geräumt worden. Man nimmt an, daß es sich um den nördlichen Teil dieses Distrikts handelt.

Wien, 26. Juni. Vertreter der Bürger- und Ständekreise erklären heute beim Staatskanzler Dr. Renner, um anzukündigen, daß der Bürger- und Ständekreis eine technische Resolution wegen des Boykotts gegen Ungarn zu organisieren bereit wäre und anzuf...

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Dienstag, den 29. Juni 1920, abends 7 Uhr:

Partei-Versammlung

im Sanssouci, Esserstraße.

Tagesordnung: 1. Die neue Regierung und die Konferenz in Spa.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Soger.

2. Freie Aussprache.

Zutritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches!

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch.

Der Hauptvorstand.

Dachpappe, auch im Gartenlaubfarben, Teerpapier und Bad, Klebmasse, Teerpapier, Firnis, Glas, Ringe, Kreide, Fein, Farben, Pflanz, Bl., Bl., Bl., Kopl., Wanzel! Die ganze Brut radikal in Arbeit. Mittel Feist, Hübelsstraße 12, Telefon 40985.

Zigaretten kaufen Sie vorzuziehen und billig alle Sorten in der Zigaretten-Großhandlung * **Helmrich Monderer, Kirchstraße 94.**

Für die uns anlässlich unserer **Hochzeit** erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir hierdurch herzlich **Alfred Lademann und Frau Gertrud geb. Meier** **Kurt Hinkel und Frau Gertrud geb. Lademann** **Miltitz bei Leipzig**

Am 25. Juni verließ nach kurzem schwerem Leiden meine liebe gute Frau, unsere treuliebende Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Emma Brose geb. Wilke** im 49. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Dienstag 12 Uhr im Friedhof Gohlis statt. In tiefer Trauer **Hermann Brose nebst Hinterbliebenen.**

U. S. P. D. Gross-Leipzig. Die Diskussionsabende finden wieder regelmäßig Dienstags, abends 7 1/2 Uhr, im Alten Gasthof statt. Morgen referiert Genosse **Dr. Rudolf Franz**. Zahlreicher Besuch wird erwartet. **L. V. K.** Kinderspiele. Jeden Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, Spielen auf der Esslinger Wiese. Nächsten Mittwoch, den 30. Juni, Samstags auf dem Volksmarsdorfer Markt, abends 7 1/2 Uhr. **Der Vorstand.**

Arbeiter u. Arbeiterinnen der Markthalle u. d. Großmarktes **Mittwoch, den 30. Juni, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9** **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderung. 2. Gewerkschaftliches. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, vollständig zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind vorzubringen. **Die Sacharuppenleitung.**

Hierdurch allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag früh 1/2 5 Uhr unsere liebe treuliebende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau **Anna Auguste Kelnert geb. Lutz** im Alter von 88 Jahren nach langem schwerem Leiden sanft und ruhig entschlafen ist. **L. Kleinschöcker, den 27. Juni 1920** **Kingstr. 10, II.** In tiefer Trauer **Axel Schmidt u. Frau nebst Hinterbl.** Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 1/2 5 Uhr, von der Kapelle des Kleinsch. Friedhofes aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband :: Sektion Droschkenführer Leipzig :: Unser Sommerfest findet Mittwoch, den 30. Juni, nachmittags 1/2 4 Uhr, im Neuen Gasthof in Gohlis, statt. Gäste willkommen. **Die Sektionsleitung.**

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter (Zahlstelle Leipzig) Stuis- und Kartonnagenbranche. Dienstag, den 29. Juni, nachm. 1/2 5 Uhr, im Pantheon, Dresdner Str. **Öffentliche Versammlung** aller in Stuis- u. Kartonnagenfabriken beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Tagesordnung: 1. Das Ergebnis der Lohnverhandlungen in Berlin und unsere Stellungnahme dazu. 2. Verschiedenes. Kollegen und Kassenmitglieder erwarten von Euch vollständigen Besuch in der Versammlung.

Freitag, den 25. Juni verließ ganz plötzlich an Herzschlag im Alter von 84 Jahren, nach 14jähriger ehelicher Ehe, meine liebe Frau, die gute Mutter ihrer Kinder **Lina Wilsdorf.** In unglücklichem Schmerz **Max Wilsdorf und Kinder.** Die Beerdigung findet Dienstag, vormittags 10 Uhr, auf dem Trinitatisfriedhof zu Reudnitz, statt.

Metallarbeiter Verband Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Arbeitszeit entliehen werden. **Wichtig! Morgen Dienstag, den 29. Juni, ist unser Bureau von vormittags 10 Uhr an geschlossen.** **Lehrlinge der elektrotechnischen Installationsbranche!** Mittwoch, den 30. Juni, abends 7 1/2 Uhr: **Versammlung im Volkshaus (Kolonnade).** Es ist sehr wichtig, daß die Eltern der Lehrlinge mit in dieser Versammlung erscheinen. **Die Branchenleitung der Elektromonteur.**

Gerhart Seger Kunst und histor. Materialismus Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung. Preis 2 Mk. Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen. **Leipziger Buchdrucker A.-G. Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 10/21.**

Ein sanfter Tod erlöste am Sonnabend abend 1/2 10 Uhr unsere heißgeliebte Tochter und teure Schwester **Marie Pforte** im 31. Lebensjahre von ihrem langen Leiden. **L. Pflaß, Baumgärtnerstraße 6.** In tiefem Weh **Frau Emilie Thiel vorw. gew. Pforte Michael Thiel Paul Pforte und Frau Fritz Pforte und Frau.** Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 1/2 2 Uhr, vom Trauerhause nach dem Lindenauer Friedhof statt.

Leipziger Bücher-Ramisch-Halle Burgstraße 22-24, gegenüber dem Thümlinger Hof. **Neues Theater.** **Montag, den 28. Juni 1920** **155. Wochenspielführung (S. Folge, 15ten) Der und Jümmernann.** **Amische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing.** **Opern-Preise, Anfang 9 1/2 Uhr, Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.** **Dienstag, den 29. Juni: 156. Wochenspielführung (S. Folge, 16ten) Der Kiepende Döllander. Anfang 7 Uhr.** **Mittwoch, den 30. Juni: 157. Wochenspielführung (S. Folge, 17ten) Amische Oper. Anfang 7 Uhr.**

Theatergemeinde Schauspielhaus Alle Mitglieder, die ihre Anteilscheine bereits gezeichnet haben oder bis zum **Sonnabend, den 3. Juli 1920** zeichnen werden, werden hierdurch zur **Konstituierenden General-Versammlung** für Sonntag, 4. Juli, vorm. 1/2 11 Uhr, in das Leipziger Schauspielhaus, eingeladen. Tagesordnung: Vortrag, Beratung und Genehmigung der Statuten. Wahl des Aufsichtsrates. — Wahl des Vorstandes. Karten gegen Vorweisung des Anteilscheines ab Montag, dem 28. d. M., an der Kasse zu haben. — Für die vorbereitende Geschäftsleitung: **Fritz Viehweg.**

Heute nacht entschlief sanft nach langem schwerem Leiden mein lieber, treuliebender Gatte **Friedrich Wilhelm Vorberger.** Ruhe sanft in Frieden! Im tiefen Weh wird gebeten. **Leipzig-Volksmarsdorf, den 28. Juni 1920** **Juliustr. 18.** **Therese vorw. Vorberger.** Beerdigung: Donnerstag, den 1. Juli, mittags 12 Uhr, vom Seltener Friedhof aus. **Hierdurch allen Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß meine liebe gute Gattin, unsere herzengute treuliebende Mutter, Frau Minna Bigotte geb. Knauer** am 28. Juni, früh 1/2 2 Uhr, im 51. Lebensjahre, sanft entschlafen ist. **Leipzig, Leipzigerstraße 7, S. III.** In tiefer Trauer **Hermann Bigotte u. Kinder nebst allen Hinterbliebenen.**

Krystall-Palast Nur noch 3 Tage: **Gastspiel** **Curt Olfers Operetten-Gesellschaft** in der erfolgreichen Operette: **Der Soldat der Marie.** Operette in 3 Akten v. Bernh. Buchbinder, Jean Kren und Alfred Schönfeld. **Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.**

Ganssouci Heute ab 7 Uhr Ball **Donnerstag . . . ab 7 Uhr Ball**

Neues Operetten-Theater. Bis einschließlich 29. Juni Operettenferien. **Leipziger Volksbühne.** **Robert und Vertram.** **Theater in der Esserstraße (Stammerspiele)** **Die verschwundene Pauline.** **Marionettentheater Messplatz.** **Drei Linden** **Der grosse Varieté-Spielplan** **Der Dichter-Wettstreit** **Paul Föhrster gegen Max Neubert.**

Ballenberg **Varieté.** Abends 7.30 Uhr **Nur noch bis 30. Juni 1920** **Gastspiel Blatzheim** **Der müde Theodor.** Ab 1. Juli 1920 **Paul Beckers u. Fr. Silvare** in der Burleske **Neu! Die Erbante. Neu!** **Theater.** Abends 7.30 Uhr **Gastspiel Carl. Hochort** vom Taison-Theater, Berlin **Arbeit u. Kapital.** Sittendrama von Thilo Schmidt. **Morgen: Arbeit und Kapital**

Reparaturen an Uhren **Gegen Würmer** **Wadewitz kauft** **Serren- und Damen-Garderobe** **Kasslers Festsäle, L.-Vo.** **Schiller-Schlösschen.** **Ab 1. Juli** gastiert der beliebte Schauspieler **Bernhard Wildenhain** Mitglied des Leipziger Schauspielhauses in dem grossen Sensations-Sketch „Radium“ im **Varieté Drei Linden** sowie der neue Varieté-Spielplan.

Blumensäle. **Künstler-Kabarett.** **Sonntags 2 Vorstellungen. * 4 Uhr u. 7 1/2 Uhr.**

Eiskeller **L. Connewitz** **Morgen von 6 Uhr an** **Feiner Ball.**

Reparaturen an Uhren **Gegen Würmer** **Wadewitz kauft** **Serren- und Damen-Garderobe** **Kasslers Festsäle, L.-Vo.** **Schiller-Schlösschen.** **Ab 1. Juli** gastiert der beliebte Schauspieler **Bernhard Wildenhain** Mitglied des Leipziger Schauspielhauses in dem grossen Sensations-Sketch „Radium“ im **Varieté Drei Linden** sowie der neue Varieté-Spielplan.

Blumensäle. **Künstler-Kabarett.** **Sonntags 2 Vorstellungen. * 4 Uhr u. 7 1/2 Uhr.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Groß-Leipzig USPD.

Dienstag, den 29. Juni, abends 1/8 Uhr findet im Sanssouci eine große Parteiverammlung mit dem Thema: Die neue Regierung und die Konferenz in Spa statt. Referent ist Genosse Krich Seger.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten: Mittwoch, den 30. Juni, abends 1/8 Uhr, im Restaurant Goldner Ring, Götterstraße 4, wichtige Funktionärsversammlung.

Reinshofer: Mittwoch, den 30. Juni, abends 1/8 Uhr, Ortsklub und wer sich noch einschreiben lassen will in der Terrasse. Parteilegitimation mitbringen.

Parteiabstimmerte: Freitag, den 2. Juli 1920, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, Versammlung. Gewerkschaftsvorstände sind eingeladen.

Die Steuerpolitik in den Gemeinden.

Durch die Reichseinkommensteuer haben die Gemeinden die wichtigsten Quellen ihrer Einnahmen eingebüßt. Der Betrag, der ihnen voraussichtlich aus der Einkommensteuer zugewiesen wird, dürfte bei weitem nicht ausreichen, die Bedürfnisse der Gemeinden zu decken. Es bleibt daher den Gemeinden nichts anderes übrig, als neue Steuerquellen zu suchen, die vorwiegend indirekte Steuern sein werden.

Auch die Gemeindevertreter vom Leipziger Bezirk haben sich kürzlich mit der Steuerfrage beschäftigt. Sie haben dabei eine Resolution angenommen, die die Gemeindevertreter verpflichtet, jede Vorlage, die eine neue Belastung der Arbeiterklasse mit sich bringt, abzulehnen. Die Entscheidung verneint aber, Klipp und Klar zu den indirekten Steuern Stellung zu nehmen, und doch muß Klarheit in dieser Frage geschaffen werden.

Abkündigung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheitspartei opfern.

Auf dem Parteitag von Jena 1919, wo die Steuerdebatte einen breiten Raum einnahm, legte der Referent, Genosse Wurm, die Erhebungsform der Steuer, ob direkt oder indirekt, ist nicht entscheidend für ihre Wirkung, d. h. für die Frage, wen die Last der Steuer tatsächlich trifft.

Die Steine.

Von Konrad Loebe.

In einer der zahlreichen Sandgruben vor der in einer weiten Ebene liegenden großen Stadt sah der alte Christian Unbehau und sahste Eiszeitrückstände. Er hatte sich einen kläglichen Haufen Feuersteine zusammengetragen und zerhackte die Knochen funktionsgerecht vorsichtig auf einem roten Granitblock.

Ob eine Steuer direkt oder indirekt wirkt, steht daher nicht ein für allemal fest, sondern wechselt je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Die Zeitfrage Wurm führte auch gleich Beispiele an, wo Steuern, die indirekt erhoben werden, direkt als Besitzsteuer wirken. Es heißt da (Protokoll S. 184):

Direkt wirkt als Besitzsteuer, trotz indirekter Erhebung die Kapitalrentensteuer, die die Erträge gewinnbringender Kapitalanlagen trifft; Verzicht von Schuldverschreibung, private und öffentliche (Staat und Gemeinde usw.), Dividenden von Aktiengesellschaften (Dividenden- oder Couponsteuer), Tantiemen (Verzinsung der Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften).

Steuern direkt wirkt aber die Erbschaftsteuer, eine unpersonliche Vermögenssteuer, die nicht von der Person des Erblassers, sondern aus der Hinterlassenschaft (also indirekt) erhoben wird.

Die Resolution Wurm wurde in namentlicher Abstimmung mit 336 gegen 140 Stimmen angenommen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat bisher noch keine Zeit gefunden, auf einem Parteitag Stellung zur Steuerfrage zu nehmen, aber die wörtliche Übernahme des Satzes aus dem Erfurter Programm in das Aktionsprogramm unserer Partei läßt darauf schließen, daß sie auch an der Haltung zu der Steuerfrage, die die Sozialdemokratie vor der Spaltung eingenommen hat, nichts ändern wollte.

Eine gewaltige und eindrucksvolle Kundgebung der Kriegssopfer

Am Sonntag in Leipzig auf dem Augustusplatz statt. Es war notwendig, weil der kapitalistische Klassenstaat die Kriegsverbrechen und die Hinterbliebenen hungern läßt. Was werden im Kriege nicht für Verbrechen gemacht. Wie wollte man doch für die Opfer sorgen. Worte, nichts als Worte! Und mit keinen Versprechungen hat bisher auch die rechtssozialistische demokratische Regierung die Kriegsverletzten, die Witwen und Waisen versorgt.

In langen Zügen strömten am Sonntagvormittag die Kriegssopfer nach dem Augustusplatz. Voraus marschierten die Leprakranken. Die Amputierten, die sich auf Krücken noch nicht fortbewegen konnten, wurden auf Wagen gefahren. Man dachte über die große Zahl dieser Krüppel und ihr Zug war eine Humme, aber ergreifende Angelegenheit gegen das imperiale kaiserliche Deutschland.

- „Ihr Herren vom grünen Tisch, ist das der Dank des Vaterlandes?“
„Das neue Versorgungs-gesetz ist ein Spott und Hohn.“
„Kriegssopfer, zeigt den Herren, wie ernst wir es meinen.“
„Versprochen wird und nichts gehalten.“
„Verwundete 4 Mark täglich, Reichswehr 15 Mark täglich. Gerechtigkeit?“
„Nieder mit dem Schandgesetz!“
„Rentenabzug als Strafe für fleißige Krüppel.“
„Versucht die Rentenquittung.“
„Schieber und Schleichhändler, schaut her.“
„Wer ehrt die Kriegsgeregierung ihre Felder?“
„Familienunterstützung wird nur bei Hungersnot gezahlt.“
„50 Prozent, mit allen Zulagen 140 Mark.“
„Wir betteln nicht, wir fordern.“
„50 Prozent erhält nur, wer verstümmelt ist.“
„Wir fordern Erhöhung der Familienunterstützung.“
„Wir fordern anständige und gute Bekleidung.“
„Wir fordern ausreichende Wohnung.“
„Tretet ein für eine Kriegssopfer-Internationale!“

Es wurden auf dem Augustusplatz, in der Nähe des Mendelsbrunnens und des Museums Ansprachen gehalten, in denen besonders das neue Versorgungs-gesetz einer Kritik unterzogen wurde. So hielt das neue Gesetz eine Anrechnung des Arbeitsverdienstes auf die Rente vor. Bei einer gewissen Höhe des Arbeitsverdienstes soll die Rente überhaupt ruhen. Gefordert wurde ein neues Gesetz. Mitgeteilt wurde, daß der Antrag wohl genehmigt sei, aber man habe einzelne Behörden sprechen wollen.

Die zu einer Massenkundgebung versammelten Kriegssopfer Leipzigs protestierten härtestens gegen das neue Reichs-versorgungs-gesetz und fordern unverzüglich Umgestaltung des Gesetzes unter Mitbestimmung der Kriegssopferorganisationen durch den neuen Reichstag, andernfalls werden die Kriegssopferorganisationen energische Maßnahmen zu einem Volksentscheid über die gerechte Neuregelung der Kriegssopfer-Versorgung mit allem Nachdruck betreiben.

Nach Annahme dieser Entschließung formierten sich die tausenden Demonstranten zu einem Kundzuge durch die Stadt. In der Reichshauptmannschaft wurde die Resolution abgegeben. Die Kriegssopfer haben an den neuen Reichstag appelliert. Dieser Reichstag hat eine bürgerlich-kapitalistische Mehrheit. Solange der Kapitalismus besteht, ist keine Aussicht vorhanden, daß für die Kriegssopfer so gesorgt wird, wie das notwendig ist. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft wird das möglich sein. Sie muß daher das Ziel der Kriegssopfer und Hinterbliebenen sein.

Die Vorbereitungen der Landesfeuerpolizei.

Ihnen wird geschrieben: Zu Ihrem Artikel „Wozu trifft die Landesheerespolizei Vorbereitung?“ gestattete sich das Kreisamt 2 der Landesfeuer-polizei — eine Landesheerespolizei gibt es nicht — zu Ihrer eigenen Unterzählung und mit der Bitte um Richtigstellung Ihrer zum Teil nicht zutreffenden Angaben folgendes mitzutellen:

Die Landesfeuerpolizei trifft pflichtgemäß dazu Vorbereitungen, daß sie ihrer Aufgabe, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und Leben und Eigentum ihrer Mitbürger zu schützen, in allen Lagen voll gewachsen ist. Das heißt, sie bildet ihre Beamten sowohl im einzelnen wie für geschlossenen Einsatz aus. Ein solcher geschlossener Einsatz der Landesfeuerpolizei aber erfolgt, wie allgemein bekannt und wiederholt in der Presse erläutert worden ist, bei Unruhen, sie mögen von rechts oder links kommen, dann, wenn die örtliche Polizei ihrer nicht Herr zu werden vermag.

Die Ihnen berichtete Übung vom 21. Juni 1920 bezweckte, Erfahrungen über Schnelligkeit der Bereitschaft, über Marschordnung, Umkleebereitung eines geschützten Lastkraftwagens in die Kolonne u. a. m. zu sammeln. Es war seit Ueberstellung des USPD nach Leipzig am 1. Juni 1920 die erste derartige Übung. Andere müssen ihr um der Ausbildung willen folgen.

Die USPD ist keine militärische Einrichtung, das beweist schon ihre Organisation, ihre Unterstellung und ihre rein polizeilichen Aufgaben. Deshalb sind auch ihre Übungen keine „militärischen“ Übungen.

Die Übung fand nicht in Richtung Lindenthal statt, sondern innerhalb des Kasernenhofs 108. Panzerautos nahmen nicht daran teil, sondern nur ein geschützter Lastkraftwagen (l. a.). Es waren Schilde dabei mit der Aufschrift: „Fenster zu“. Sie gehören zur Ausstattung der Polizei für geschlossenen Einsatz und dienen lediglich zur Sicherung unferer Mitbürger. Die übigen Folgen wenigerigen Hinausgehens harmloser Anwohner müssen mit allen Mitteln vermieden werden.

Es ist unwar, daß die USPD an allen Markttagen in Alarmbereitschaft liegt. Es war einmal zur Wahl kurze Bereitschaft angeordnet, sonst überhaupt noch nicht.

Der Doppelposten am Tor der Kaserne 108 ist ebensowenig wie die übrigen Posten der USPD mit Handgranaten ausgestattet. Der Verdacht, es handle sich um Sicherheitsmaßnahmen gegen etwaige Lebensmittelkrawalle entfällt nach dem Gefagten.

Das Kreisamt hatte es sich gleichfalls als eine sehr dankenswerte Aufgabe gedacht, den Schiebern und Wucherern zu Leibe zu gehen. Nach erfolgter Abgrenzung aber der Aufgaben für örtliche Polizei und USPD, fällt diese Pflicht zunächst ausschließlich der letzteren zu.

Ueber die Absätze 2 und 3 Ihres Artikels werden Erörterungen gepflogen, deren Ergebnis Ihnen mitgeteilt wird.

Jedenfalls aber kümmert sich die USPD nicht um Dinge, die sie nichts angehen; treibt sie keine „militärische“ Ausbildung; ist sie nicht dazu da, um, wie man sagt und wie mancher aus Ihrem Artikel herauslesen wird, aufs Volk losgelassen zu werden. Zur Gegenseite ist ihr ganzes Streben nur auf den Schutz von Leben und Eigentum ihrer Mitbürger gestellt. Die USPD ist um dieser Aufgabe willen gänzlich unpolitisch. Sie hat das größte Inter-

dem Leben zu erhalten suchen.“ Aber einmal, vor vielen Jahren, als das Kind noch nicht da war, in jener glücklichen Zeit, hatte er im Vorküdergehenden den Bokenzahn eines Mammuts gefunden. Wer konnte wissen; ob dieser Elefant nicht von ungeachteten Eiszeitmenschen verzehrt worden war. Diese Menschen hatten nicht bloß Tiere verzehrt, sie hatten sich in hungrigen Wintern lieber-lich gegenfeitig als essbar betrachtet. Vielleicht hatten sie wie Katzen oder Kaninchen harmlos unwissend ihre Erstlingsgeburt aufgegeben. Alterslos, ekelopfernde Katamänen pflögten die abgeschlagenen Reindestöpfe auf Spießen ihren Königen zu überbringen, aber ohne die Zungen, die sie mehlbestreut als Ragout benutzten. Die Spartaner, eingeklinkt in strengste Gesellschaft, lekten gleichwohl die von ihren Kindern aus, die ihnen nicht gut genug geraten schienen. Wie alt war denn nun sein Sohn? Warum starb er nicht?

Unbehau sah auf einmal die Reite des Tangetosgebirges im Geiste vor sich aufsteigen. Auf einem sonnenbeschienenen Felsgat wand sich in unbehilflichen Bewegungen eine Anzahl ausgelegter Mitgeburt, Kinder mit zu kleinen und zu großen wackelnden Köpfen, verkrüppelte kleine Leiber, deren Kabeleinschüre sich in dürrer Ginstergestrüpp verflochten hatten, glühgigige Wechselbälge, die wie Fische nach Luft schnappten. Und ein Adler, ein völlig gesunder, herrlicher Vogel, strich über den Fels, griff eins der Schenkel und verlor sich damit in der Wäule des Himmels. Aber der edle Vogel dauerte ihn, daß er so etelhafte Nahrung speßen sollte, und er verwandelte ihn in einen tropfigen Geier.

Vielleicht hätte er sein Gedankenbild noch weiter ausgemalt, wenn ihn nicht Stimmengeräusch gestört hätte. Er richtete sich auf und sah über sich auf dem Rande des Abhanges zwei Soldaten in zerfetzten Uniformen.

„Er hat einen Klaps!“ sagte der eine Soldat zu seinem Kameraden.

„Nun guad nur, was das für eine lange Bogelheuche ist! Der markiert Johannes den Täufer!“ sagte der andere.

Diese respektlosen Aeußerungen verdroffen den Alten; er suchte sein Handwerkzeug zusammen und machte sich, unter seiner Last vornübergebeugt, mit langsamen Schritten auf den Helmweg. Die beiden Soldaten spöttelten noch eine Zeit lang hinter ihm her.

hier und da ein Licht auf, der Abendwind hatte den Himmel blank gefegt, und die klobige Pyramide des großen Schlachtenbentmarks, die schmer und unheilvoll in der Dämmerung stand, stimmte ihn trübe.

„Man hätte das Denkmal verenkbar machen sollen wie eine Nähmaschine. Und in gleicher Weise, wie Deutschland sich wieder aufrichtet und die Saluta besser werden, müßte es langsam emporsteigen.“

Endlich erreichte er die äußerste Haltestelle der Straßenbahn. Er war müde und hatte einen Augenblick Luft zu fahren. „Aber das kostet Geld. Es ist Verschwendung.“ So trotzte er weiter, bis an die Anie mit Straßenpost bespritzt. An der Tür des ungleichen in einer Nebenstraße gelegenen Hauses, in dem er wohnte und einen kleinen, vom Publikum vergessenen antiquarischen Buchladen innehatte, fiel ihm ein, daß seine Wegführung ein Stück Brot und ein paar Zwiebeln, in der Sandgrube liegende Götterbein war, und er beschloß leuzend, am nächsten Morgen wieder hinzugehen, um sie zu holen.

Es war dunkel geworden und seine Frau wartete bereits mit dem Abendessen auf ihn. Er verstaute seine Schätze, schlüpfte in einen von seinem Vater ererbten Schlafrock und ging in das Zimmer, in dem sich ihr häusliches Leben abspielte. Dieses Zimmer alt, wie seine ganze Wohnung, einer kleinen Bibliothek; die Wände waren rundherum mit vollgestopften Bücherregalen und wumstigen Sammlungschränken verflekt, so daß das kleine Kanapee hinter dem allen Zwecken dienenden Tische wie in einer Nische stand. Und dort, hinter dem Tische, sah das Familien-unglück, der blöde Sohn, ein Idiot von 20 Jahren mit den Lebens-gewohnheiten eines fünfjährigen Kindes und quälte, urflug lachend, mit jähem Stimm wie ein Papagei: „Hans will essen.“ Dabei sah er gletzig und verhungert nach der Suppen-schüssel, die seine Mutter auf den Tisch stellte, und alle drei ahen eilig, wobei der Junge widerlich schmachte und bei jedem Löffel das sorglich vorgebundene Tuch bezog. Und immer, ehe er den Löffel ungeschickt zum Munde führte, blies er dreimal auf die Suppe, fast unhörbar, aber mit der Regelmäßigkeit einer Maschine. Unbehau hatte sich an das Schmahen und an die Unsauberkeit seines Sohnes gewöhnt, aber dieses Blasen fiel ihm bei jeder Mahlzeit aufs neue auf die Nerven, es war eine tägliche Qual, die ihm den Appetit verdrob.

(Fortsetzung folgt.)

esse daran, von dem Vertrauen aller ihrer Mitbürger geladene zu werden, weil sie nur dann ihrer Pflicht genügen kann.
Deshalb bittet das Kreisamt, Ihrerseits zur Herstellung dieses Vertrauens durch Beirathung Ihres Urtheils beizutragen.
Der Vorstand: G a u s e, Oberst.

„Aussklärung“ über Sowjetrußland.

Man weiß, wie die bürgerlich-kapitalistische Presse ihre Leser über Sowjetrußland „aufklärt“. Auf der gleichen „geistigen Höhe“ stand ein Vortrag, den am Sonnabend in der Leipziger Universität ein Professor hielt, der aus Rußland sein soll. Die Leipziger Neuesten Nachrichten konstatieren mit Befriedigung, daß der Redner ungefähr daselbe gesagt habe, was sie bisher schon immer über Sowjetrußland geschrieben hätten. Das genügt eigentlich schon zur Charakterisierung der „Aussklärung“, die am Sonnabend auf Veranstaltung des Akademischen Ausschusses verbrocht wurde. Wir geben aber noch wieder, was uns einer der Zuhörer über den Vortrag schreibt:

So, jetzt wissen wirs: Sowjetrußland ist der reaktionärste Staat in dieser „revolutionären“ Welt. Dieses arme Land wird geknechtet und ausgebeutet von einer bolschewistischen Partei, die nur 500 000 Mitglieder zählt. Ein Hering kostet 1000 Mk., ein Pfund Brot 5000 Mk., und eine Gans 30 000 Mk. Im übrigen ist das Land mit Blut und Leiden bedeckt, da täglich Tausende von „Proletariern“ von eigenen Genossen gemordet werden.

So ähnlich war der Inhalt einer 1 1/2 stündigen Rede, die ein Herr Professor Dr. Scharp, angeblich aus Petersburg, am Sonnabend in der Universität hielt. Er zitierte dann noch einige raffiniert ausgeschickte (aber aus jeglichem Zusammenhang gerissene) Ausprüche von Lenin, Trotsky usw., um auch damit zu beweisen, welche erschreckende Zustände in Rußland doch herrschten. Es hieß mit Kanonen auf einen toten Spaken schießen, wollte man auf das Nachwerk dieses Herrn Professors sachlich näher eingehen. Nach seiner Rede bestieg ein still lächelnder Studentus — (das Schwarz-weiße Band im Knopfloch) — das Katheder. Es war der Vorsitzende (uff!) des akademischen Ausschusses. Er sprach dem Herrn Professor seinen verbindlichsten Dank für die erwiesene Ehre aus und kündigte gleichzeitig an, daß er für den nächsten Abend einen ebenso interessanten Redner gewonnen habe: Herrn Geheimrat Professor Doktor Soudlo. — Hochbefriedigt verließen dann die Besucher den Saal: der brave Bürger voll Abscheu über den grauenvollen Bolschewismus — die Herren Studenten in dem hehren Bewußtsein, bei der Abwehr solcher Zustände die berufenen Führer des Volkes zu sein.
Heil und Sieg!

Ratsbeschlüsse.

Der Rat will vorkünftig werden. Gegen die von den Stadtverordneten in der Sitzung vom 23. d. M. beschlossenen Einschränkungen der Erhöhung der Kartens- und Luftfahrsteuer beschloß man ebenso wie gegen die völlige Abschaffung der Miet- und Pachtsteuer vorstellig zu werden. Sowie hinsichtlich der Erhebung einer erhöhten Kartens- und Luftfahrsteuer übereinstimmende Beschlüsse bei den städtischen Kollegien vorliegen, sind die erhöhten Sätze bereits mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab zu erheben.

In wenig begabte Schüler? Zur Förderung begabter Volksschüler war geplant, Ostern 1921 an der Nikolaischule und Oberrealschule wieder je eine Uebergangsklasse zu bilden. Da sich insgesamt aber nur 21 Schüler gemeldet haben, beschloß man, zur Erparung von Kosten nur eine Klasse zu errichten, und zwar an der Nikolaischule, da sie für die Mehrzahl der Schüler am günstigsten gelegen ist.

Nachbewilligt wurden etwa 50 000 Mk. zur Deckung des Schulungsbudgets in dieser Höhe 1920/21 entstehenden Fehlbetrags bei der Fürsorgestelle für Lungentranke.

Um den Ruhestandern usw. des städtischen Orchesters die Teuerungszulagen auch über den 1. April 1920 hinaus gewähren und um ihnen auf die Neuregelung ihrer Bezüge einen fünfprozentigen Zuschlag gewähren zu können, bewilligte man 55 000 Mk.

Dem Vorschlag des Schulamts, die Schulgebühren nach dem Vorgange des Staates zu erhöhen, wurde zugestimmt. Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich.

Den beim Leihhause im Jahre 1918 entstandenen Fehlbetrag in Höhe von 218 429,04 Mk. beschloß man aus Konto 24 1910/20 zu deducieren unter Rechtfertigung bei der Hauptrechnung.

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Von der Besteuerungsbehörde (Finanzamt) Leipzig wird uns geschrieben:

Der Reichsminister der Finanzen hat unter dem 23. Juni 1920 folgendes verfügt: Natural- und sonstige Sachbezüge sollen abweichend von den bisherigen Bestimmungen wegen Berechnungsunterschieden erst vom 1. August ds. Js. ab dem Steuerabzug unterliegen. Dagegen ist der Abzug vom Barlohn gemäß den erlassenen Bestimmungen vom 25. Juni ab durchzuführen. Arbeitslohn, der am 25. Juni oder später fällig wird, unterliegt dem Steuerabzug auch insoweit, als er auf Leistungen vor dem 25. Juni entfällt.

Diese Verfügung ist nicht das letzte Wort. Zunächst wird der Reichstag zu entscheiden haben, und wenn der verlag, werden die Wahlen sprechen müssen.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird unter anderem beraten über eine Eingabe wegen Gewährung von Unterstützung an die Kolonne Leipzig des Arbeiter-Samariterbundes, über die Errichtung einer Krankenpflegeschule und die Gründung einer städtischen Schwesternschaft im Krankenhaus zu St. Jakob, über die Bewilligung von weiteren Rechnungszulagen für Mietbeihilfen an Kriegervorfamilien und Kriegshinterbliebene, über eine Eingabe wegen Haltung von Ziegen und Schafen durch die Stadt zur besseren Milchversorgung, über die Erhebung von Ragen gegen Friedrich Geyer sen., über die Umänderung der elektrischen Straßenbeleuchtung, über eine Eingabe wegen Wiedereröffnung des Volksbrausebades Nord, über eine Eingabe wegen des Straßenhandels.

Die städtische Bewohnungsreform. In unserm Artikel über die städtische Bewohnungsreform vom 25. Juni ist der Berechnungssatz für die Berechnung des Teuerungszuschlages nur auf das Grundgehalt gewährt. Aufschlagsmäßig wird aber der Teuerungszuschlag auch auf den Ortszuschlag und auf die Kinderzulagen gewährt. So daß z. B. das Gehalt des Oberbürgermeisters nach der Ratsvorlage nicht 75 000 Mk., sondern 77 500 Mk. betragen würde. Die ungenügende Wirkung des unterschiedlichen Teuerungszuschlages von 50 Prozent wird mit dieser Berechnung noch wesentlich vergrößert.

Die Schändung des Silberdenkmals. In der Nacht zum 9. November v. J. waren die Figuren des Silberdenkmals mit Guttalin beschmiert worden, das sich in den Marmor eingestrichen und trotz sachmännlicher Behandlung Spuren hinterlassen hat, die noch heute sichtbar sind. Als Täter haben sich später der Verhaftungsbeamte Ernst Kurt Zanker, der Handlungsgeselle Otto Kurt Neumann, der Gasthausangestellte Robert Joseph Huber und der Bankbeamte Erich Richard Römer bei der Behörde selbst gemeldet. Sie waren in der Nacht angebeten von einem Tanzabend nach Hause gegangen und wollten sich einen „Spaß“ machen. Das Jugendgericht hatte die drei erkannten zu je sechs Wochen, den letzteren dagegen, der zur Zeit der Tat noch nicht 18 Jahre alt war, zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Das Landgericht als Berufungsinstanz hob das Urteil auf und erkannte gegen Zanker, Neumann und Huber auf eine Geldstrafe von je 1200 Mk., während Römer mit einer Geldstrafe von 700 Mk. davonkam. Es wurde berücksichtigt, daß die Angeklagten bisher unbescholten sind und sich der Folgen ihrer Handlungswelt nicht voll bewußt waren.

Ein Gedenksteine für die Gefallenen wurde im Landgerichtsgebäude an der Eisenstraße errichtet und am Sonntag eingeweiht. Die Ringe an der Wand des Schwurgerichtssaales, in der früher

eine Bronzestütze des Friedrich August Saal, ist durch eine Sandsteinplatte ausgefüllt. Die Namen von 108 gefallenen Mitgliedern der Leipziger Schutzbezirke und der Reichsanwaltschaft des Landgerichtsbezirks Leisda sind in den Gedenksteine eingemeißelt.

Bei der Elternratswahl in der 11. Volksschule am Sonntag erhielten bei schwacher Wahlbeteiligung: Christliche Liste 258 Stimmen 5 Mandate, U. S. P. 192 Stimmen 4 Mandate.

Ergebnis der Elternratswahl Neuschönefeld, 14. Volksschule. Von 1896 Wahlberechtigten haben 990 gleich 49 Prozent ihre Stimme abgegeben, davon 608 Mütter und 424 Väter. Die U. S. P. erhielt 616 Stimmen, die Christlichen bekamen 615 Stimmen. Auf die Liste der U. S. P. D. kommen 6 Vertreter, auf die der Christlichen 3 Vertreter.

Elternabend der Volksschule Sa Dienstag, den 29. Juni, abends 7 Uhr, im Saale der 5 Volksschule (Wallenhausstr. 7): 1. Elternrat und Schule. 2. Kom Elternrat. 3. Wahl eines Ausschusses zur Vorbereitung der Elternratswahl.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut. Zur Vorstellung Robert und Bertram am Mittwoch, dem 30. Juni, nachmittags 1/4 Uhr, ist eine Reihe von Einzeltickets zum Preise von 1,50 und 2 Mk. zur Verfügung gestellt. Sie können im Bureau, Braustraße 17, Erbsengasse, in Empfang genommen werden.

Algemeines Arbeiterbildungsinstitut. Rettungsgesellschaft zu Leipzig. Im Mai wurden 561 Unfall- und Krankentransporte und 1380 Hilfestellungen bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen von den Sanitätswagen erledigt. Straßenunfälle waren 182, Betriebsunfälle 381, innere plötzliche Erkrankungen 240 zu verzeichnen. Geburtshilfe wurde in zehn Fällen gewährt. In 7 Fällen konnte nur der bereits eingetretene Tod festgestellt werden. In den übrigen 480 Fällen lagen Verletzungen vor, die sich im Haushalt usw. ereignet hatten. Besonders schwere Verletzungen (Knochenbrüche usw.) kamen 280 zur Behandlung.

Städtische Bühnenhallen. In der II. Städtischen Bühnenhalle in der Beitzer Straße findet in den Monaten Juli und August Bühnenverkauf nur von 4 bis 7 Uhr nachmittags statt; der Verkauf ist während dieser Monate täglich von 3 bis 9 Uhr geöffnet.

Der Preis für die Bahnsteigkarte wurde bei der letzten Erhöhung der Fahrpreise auf 50 Pfg. festgesetzt. Es gibt aber eine Reihe von Arten im Nahverkehr, für welche der Fahrpreis niedriger ist als 50 Pfg. Folglich ist eine Karte, die den Bahnsteig betreten muß, keine Bahnsteigkarte, sondern eine Fahrkarte für den Nahverkehr. Das fährte des öfteren zu Streitigkeiten zwischen den Reisenden und den Bahnbeamten. Diese vertragen nämlich den Standpunkt, daß die Gebühr für das Betreten des Bahnsteigs 50 Pfg. betrage, und wenn anstatt der Bahnsteigkarte eine Karte für den Nahverkehr gelöst sei, diese weniger koste, so müsse die Differenz gezahlt werden. Die Eisenbahnverwaltung hat nunmehr eine Regelung getroffen, dahingehend, daß es gleichgültig ist, ob der Preis der Fahrkarte höher oder niedriger ist als Preis einer Bahnsteigkarte. Auch dann, wenn eine Fahrkarte im Preise von weniger als 50 Pfg. lediglich zum Betreten des Bahnsteigs gelöst werden soll, darf ihre Ausgabe nicht verweigert werden.

Soziales Voo und Mutterfreude. Dr. Stegel hat 1000 Besucherinnen der geburtsärztlich-poliklinischen Sprechstunde in Preiburg über ihre Stellungnahme zu dem zu erwartenden Kinde gesprochen. Die Freude ist bei den verheirateten wie bei den nicht-verheirateten Frauen kurz vor der Geburt am größten, im Ansehung der Schwangerschaft am geringsten. Mit der zunehmenden Schwangerschaftsdauer steigt die Freude, nehmen Gelächter und Weinen ab. In den ersten vier Monaten sind darum besonders die ledigen Frauen, so schreibt Stegel, im Archiv für Frauenkunde, sehr unglücklich gestimmt. Die sozialen Verhältnisse, die infolge körperlicher Beschwerden fester empfunden werden, vermehren das natürliche Mutterchaftsgefühl in jeder Weise, auch bei den verheirateten Proletarierinnen. So geht die Wirkung des kapitalistischen Lebens selbst an dem alternativen „edelsten und heiligsten Lebens nicht spurlos vorüber. Erst eine neue Lebensordnung ermöglicht ein volles, reines Glück des Mutterchaftsgefühls.

Die jugendliche Proletarierin. Sobald sich der Uebergang der proletarischen Jugend in das erwerbsfähige Alter vollzieht, beginnt ein außerordentliches Ansteigen der Sterblichkeit. Zu diesem Resultat kommt Ranke, ein Forscher auf diesem Gebiet. Er schreibt hierüber im Archiv für soziale Hygiene und kommt darin zu dem traurigen Resultat, daß die Sterblichkeit beim weiblichen Geschlechte dann um mehr als das Dreifache zunimmt. Das ist die kapitalistische Kultur!

ha. Fast 2 Millionen Reichrentner. Die Zahl der Reichrentner beträgt nach einer neuen amtlichen Zusammenstellung nicht weniger als 1 911 672. Davon kommen nach dem Stande vom 31. Dezember 1919 auf Invalidenrenten 985 336, Krankenrenten 102 280, Altersrenten 242 015, Witwen- und Witwerrenten 84 397, Witwenkinderrenten 3634, Waisenrenten 494 004. Die Zahl der Rentner hatte sich im Laufe des Jahres 1919 wenig verändert, und so hatte die Zahl der laufenden Invalidenrenten am Anfang des Jahres nur 983 544 betragen, die der Krankenrenten 78 705, die der Altersrenten 228 579, die der Witwen- und Witwerrenten 66 566, die der Witwenkinderrenten 2550, die der Waisenrenten 428 852. Von den Invalidenrenten entfallen die meisten auf die Versicherungsanstalt der Rheinprovinz mit 334 450, ebenso von den Krankenrenten mit 11 856, während die meisten Altersrenten in Sachsen mit 8545 laufen. Witwen- und Witwerrenten gibt es die meisten in Sachsen mit 9854, Witwenkinderrenten in der Rheinprovinz mit 836, Waisenrenten in Schlesien mit 48 127. Einmal festgelegt wurde Witwengeld in 29 161 Fällen. Waisenausweise in 6265 Fällen und 93 Zufahren.

ha. Die Wirkung des Krieges auf Geburt und Tod. Ueber die Entwicklung der Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse durch die Folgen des Krieges liegt jetzt wenigstens eine vorläufige Uebersicht aus 365 deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern vor. Im Jahre 1913 hatte die Zahl der Lebendgeborenen 633 815 betragen und ist 1919 auf 459 758 zurückgegangen. Auf 1000 Einwohner bedeutet dies eine Abnahme von 24,6 auf 18,7. Die Zahl der Gestorbenen stieg dagegen von 381 592 auf 430 327 oder von 14,0 auf 17,5 auf je 1000. Von den ansteckenden Krankheiten als Todesursache riefen die Todesfälle durch Tuberkulose gleichzeitig von 40 374 auf 68 604, die der Atmungsorgane im allgemeinen sogar von 46 025 auf 67 580. Die Todesfälle infolge von Magen- und Darmkatarrh und Brechdurchfall sind dagegen bemerkenswerterweise von 31 477 auf 18 895, während aber eines gewaltsamen Todes im Jahre 1913 nur 18 110 Personen starben, waren dies im Jahre 1919 nicht weniger als 186 384. 1918 noch 124 881. Auch im „Friedensjahr“ 1919 fiel diese Zahl nur auf 43 971. Auf alle übrigen Todesursachen kamen im Jahre 1918 208 257 Sterbefälle, im Jahre 1919 dagegen 225 202.

Zu dem Artikel „Unerböt“ vom 11. Juni schreibt uns das Volksblatt: Zur Nichtigstellung des Artikels in Ihrer Zeitung vom 11. d. M. unter „Unerböt“ teilen wir Ihnen folgendes mit: Am 6. d. M., gegen 1 Uhr vormittags, sah der Schuhmann Winkelmann der 21. Wache auf seiner Wache in der Karl-Heine-Str. 17, daß sich 6 Männer an einem Schaufenster der Firma Gebrüder Jocke zu schaffen machten. Einer dieser stand auf dem Balkon eines andern und hantierte am oberen Teil des Schaufensters. Schuhmann Winkelmann hielt die Leute für Einbrecher. Als er sich ihnen näherte, rief einer: „Achtung, ein Schuhmann!“, worauf alle davonschoben. Dem Schuhmann gelang es jedoch, einen der Männer festzuhalten. Als er ihn nach seinem Namen fragte, weigerte er sich, diesen zu nennen. Da der Mann diese Taten hatte, glaubte der Schuhmann, er hätte Waffen oder Einbrecherwerkzeuge bei sich und wurde so in seiner Annahme, es mit einem Einbrecher zu tun zu haben, bestärkt. Der Untersuchung nach solchen Sachen an Ort und Stelle widerlegte sich der Mann mit den Worten, das ließe er auf keinen Fall zu. Dem Schuhmann blieb daher nichts anderes übrig, als den Mann zur Aufklärung des Sachverhaltes der Polizeiwache zuzuführen. Er legte ihm hierzu den Handschellen an, einmal, um ein Ausbrechen zu verhüten

den, dann aber, um Widerstand und Gewalttätigkeiten vorzuwehren. Auf der Wache stellte sich dann heraus, daß der Mann mit den anderen jungen Leuten Wahlsplakate an das Schaufenster geklebt hatte bezw. noch hatte kleben wollen. Er wurde nach Namensfeststellung entlassen, Anzeige wurde nicht erstattet. Bei der Namensfeststellung erst stellte es sich heraus, daß der Mann Kriegsbeschädigter ist, hiervon hatte er vorher nichts gesagt, ebenso wie er ja auch seinen Namen verweigert hatte. Wir können in dem Verhalten des Schuhmanns etwas Ungehöriges nicht erblicken. Hätte der Mann sofort an Ort und Stelle seinen Namen genannt und den Zweck seines Tuns angegeben, wäre eine Zuführung nach der Wache überhaupt nicht erfolgt. In Rücksicht auf die zur Zeit herrschenden unruhigen Zustände und vielfachen Vorkommnisse, bei denen Beamte verletzt, ja getötet wurden, war die Anlegung des Handschellen gegeben.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Kubitz, Polizeidirektor.

Wir bemerken hierzu, daß wir den Vorfall so geschildert haben, wie er uns von unserm Gewährsmann vorgetragen worden ist.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Häßlich, Kleinfleisch, vom 10—12 Uhr, Nr. 1025—1125, zum Höchstpreis, Pfund 6.10 Mk.

Schlachthof, Schauamt II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Hausauflage Ausgabe von einer Dose Rindergulasch 7.40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4.60 Mk. sowie dänischer Fleisch-Brühwürfel.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 29. Juni.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Grauen: Leichter Tag — abzugeben 1 B und K der neuen Lebensmittelliste Reihe P (125 Gramm); Zusatzlebensmittelliste 1 für Kriegsgefangene (250 Gramm); Fleischmarkenstreifen W 1—5 (100 Gramm).

Ausgabe. Nahrungsmittel usw. für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — bestellt mit H 4, M 4, N 4, Z 4 der Lebensmittellisten S 1, S 2, S 3.

Nahrungsmittel für Schwangere usw.: Beginn — bestellt mit SN 4 der Sonderlebensmittelliste für Schwangere, Stillende usw.

Für Händler.

Butter und Kolospeisefett: Bezugskartenableserung durch die Großhändler.

Rumthong: Warenausgabe durch die sechs Lagerstellen.

Vollzeitschriften.

Katzenfall auf dem Bücherspale. Am 31. März d. J., nachm. 4 Uhr ist auf dem Bücherspale in der Nähe der Haltestelle der Straßenbahn Linie 16 ein Passant durch einen von Osten kommenden Personenkraftwagen umgerissen und überfahren worden. Da der Kraftwagen, ohne daß sich seine Anfahren um den Verunglückten bemerkt hätte, weitergefahren ist, wurde dieser von zwei Passanten nach der 6. Sanitätswache geführt. Dort wurde ein Infanteristern Mittelkubruh festgesetzt. Da es jetzt erforderlich geworden ist, noch weitere Zeugen des Vorfalls zu ermitteln, werden Beobachter gebeten, sich recht bald bei der Kriminalabteilung zu melden.

Bei dem Auffringen auf die Straßenbahn verunglückt. Am 24. d. M. vormittags in der 10. Stunde ist ein 11jähriger Schulknabe am Abgangspole bei dem Verzuge auf den Vorberkeplatz eines Straßenbahnabhangewagens auszurutschen, abgerutscht, zu Falle gekommen und von der Schutzvorrichtung erfasst worden. Er hat hierbei einen komplizierten Bruch des linken Unterarmes sowie eine Quetschung der Beine am rechten Fuße erlitten. Nach Anlegung eines Notverbandes in der 11. Sanitätswache wurde er im Krankenwagen nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht.

Sächliche Angelegenheiten.

Landestagung für Jugendfürsorge.

In Dresden fand am Mittwoch in Gegenwart von Vertretern der Staatsregierung die 5. Landestagung für Jugendfürsorge für den Freistaat Sachsen statt. Obwohl es sich hierbei um eine bürgerliche Veranstaltung handelt, verdient die Tagung mit Rücksicht auf die wichtigen Probleme, mit denen sie sich beschäftigt, doch eine besondere Beachtung.

An erster Stelle stand ein Vortrag des Oberarztes Dr. Schöb von der Städtischen Heil- und Pflegeanstalt in Dresden über die Psychopathie der Jugendlichen.

Danach ist unter den krankhaften Störungen des jugendlichen Alters, die den Eintritt der Verwahrlosung begünstigen, bei weitem die wichtigste die psychopathische Konstitution oder Psychopathie, eine krankhafte (eigliche) Veranlagung, bei der Störungen des Triebes, Gefühls- und Willenslebens in den Vordergrund der Erscheinungen treten. Das Problem der Psychopathen verdient auch jetzt gerade besondere Beobachtung, weil in abnormen und unruhigen Zeiten Psychopathen besonders Gelegenheiten zu ziellosem Ausleben finden und auch auf Gelunde einen besonders ungünstigen, unheilvollen Einfluß ausüben können.

Die Mehrzahl der Psychopathen ist durch erzieherliche Behandlung zu bessern. Voraussetzung ist jedoch eine dem abnormen Seelenzustand angepasste Erziehung, die sittlich-religiösen (!) Anforderungen und psychiatrisch-ärztlichen Behandlungsgrundsätzen in gleicher Weise gerecht wird. Mitwirkung psychiatrisch geschulter Ärzte bei dieser Heilerziehung ist daher erforderlich. Für die Erziehung schwer erziehbare Psychopathen ist die Einrichtung besonderer Heilerziehungshelme oder besonderer heilpädagogischer Abteilungen an großen Erziehungsanstalten nötig. Zur Verhütung der Verwahrlosung ist erforderlich, daß psychopathische Kinder und Jugendliche auch ohne Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens hier Aufnahme finden können. Auch die Einrichtung besonderer Tagesheime für schulpflichtige Psychopathen erscheint geeignet, der Verwahrlosung entgegenzuarbeiten.

Je früher die richtigen Maßnahmen getroffen werden, desto mehr bieten sie Aussicht auf Erfolg. Frühzeitige Erkenntnis der psychopathischen Konstitution schwer erziehbare, zu Verwahrlosung neigender Kinder und Jugendlicher ist daher besonders wichtig. Zur Erreichung dieses Ziels erscheinen folgende Einrichtungen zweckmäßig:

1. Psychiatrische Untersuchung aller Fürsorgezöglinge vor Aufstellung des endgültigen Erziehungsplans;

2. Nachweis der erforderlichen psychiatrischen Vorbildung bei Aufstellung von Hausärzten an großen Erziehungsanstalten, von Gerichtsärzten bei größeren Jugendgerichten. In Großstädten auch Aufstellung eines psychiatrisch gebildeten Schularztes, der Lehrern und Schulärzten der Normalschulen als Berater zur Verfügung steht.

3. Errichtung von pädagogisch-psychiatrischen Beratungsstellen für Eltern schwer erziehbare Kinder. Weiter sprach Geh. Regierungsrat Böttcher, Direktor der Landesanstalt Bräunsdorf, über:

Was soll aus den ungebesserten Fürsorgezöglingen werden?

Nach seinen Ausführungen befinden sich unter den Fürsorgezöglingen solche, bei denen infolge ihrer unglücklichen Veranlagung die Aussicht auf dauernde Besserung außerordentlich gering ist. Ihre geistigen Gebrechen bestehen meist in Schwachheit, Gefühlslumpheit, Willensschwäche, starken Trieben oder einer Mischung dieser Zustände. Unverbesserliche bestanden die Erziehungsanstalten mit „Böfingen“, die auf die andern unglücklich einwirkten und so lastspielig untergebracht sind. Vorläufig müssen unverbesserliche Minderjährige in Fürsorgeanstalten bleiben, bis ein geeignetes Unterkommen für sie geschaffen ist. Für spätere Zeiten wird man darauf zu kommen müssen, geistliche Möglichkeiten zu schaffen, die es verhindern, daß ein Ungebesselter immer zwischen Freiheit, Freiheitsstrafe und Korrekptionsanstalt hin und her geht. Dazu wird zunächst Entmündigung nötig sein. Schulaufsicht wird nur in wenigen sehr milden Fällen genügen. Es empfiehlt sich die Unterbringung Unverbesserlicher auf Grund gerichtlicher Ver-

Lebens in öffentlichen Verwahrungsanstalten In diesen sind sie nach ihrer Eigenart und ihrem Verhalten zu trennen. Der Charakter der Verwahrungsanstalten soll der Einsicht Rechnung tragen, daß die Unverbesserlichen allermeist an ihrem Zustand unschuldig sind.

Zusammenarbeit der behördlichen und privaten Fürsorge endlich sprach Oberlandesgerichtsrat Dr. Felsenberger Leipzig. Danach kann die behördliche Jugendfürsorge der privaten nicht entsagen. Die Arbeit der behördlichen und der privaten Jugendfürsorge muß zu einer organischen Zusammenarbeit gestaltet werden, die nur erreicht werden kann durch einen Mittelpunkt, an dem sich alle behördliche und private Arbeit anlehnt. Sie muß getragen sein von gegenseitigem Vertrauen zwischen den behördlichen Stellen und den freien Vereinen. Dieses Vertrauen ist abhängig davon, daß der freien Liebestätigkeit ein weitgehender Einfluß auf die behördliche Arbeit gesteht wird, während die behördlichen Stellen dauernd in die private Arbeit Einblick erhalten müssen. Der Einfluß der freien Liebestätigkeit auf die behördliche und die Beeinflussung der privaten Fürsorge durch die behördliche wird dadurch bedingt, daß auf beiden Seiten maßgebende Stellen nur sachverständigen Praktikern eingeräumt werden und nur nach streng sachlichen Gesichtspunkten gearbeitet werden. Die Aufgabe der Zusammenarbeit ist: einerseits auf einer Zentralstation im Mittelpunkte zu führen, auf der andern Seite die praktische Arbeit zu spezialisieren.

Die sächsischen Lehrer gegen den Religionsunterricht. Der sächsische Lehrerverein hatte im März unter seinen Mitgliedern eine Urabstimmung veranstaltet, um festzustellen, welche Stellung sie zur Erteilung des Religionsunterrichts einnehmen. Die zwei Fragen, über die zu entscheiden war, lauteten:

1. Sind Sie bereit, einen Religionsunterricht in Abereinrichtung mit den Grundrissen der betreffenden Religionsgesellschaft, das heißt also einen konfessionellen Religionsunterricht unter Aufsicht oder Mitbestimmung der Kirche in irgend einer Form zu erteilen?
 2. Sind Sie bereit, einen religionsgeschichtlichen Unterricht, der das zeitliche Kulturgut in apostolischer Form vermittelt, und einen Unterricht, der — beispielsweise nach Art des verfassungsmäßigen Stoffplanes — die Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit fördert, zu erteilen?
- Nach dem jetzt vollständig vorliegenden Ergebnis der Abstimmung wurden 18344 Stimmscheitel abgegeben. Frage 1 belagten 370, während 12748 mit nein antworteten, 46 sich einer Stellungnahme enthielten und 185 Antworten unklar waren. Auf Frage 2 antworteten 11301 mit ja und 1518 mit nein, 62 enthielten sich der Abstimmung und 475 Antworten mußten als unklar bewertet werden.
- Die sächsische Lehrerschaft lehnt also die Erteilung eines konfessionellen Religionsunterrichts in Abereinrichtung mit den Grundrissen der betreffenden Religionsgesellschaft fast einstimmig (95,5 Proz.) ab. Nur die kleine Zahl von 370 (2,77 Proz.) ist auch weiterhin bereit, unter Aufsicht oder Mitbestimmung der Kirche zu arbeiten. 84,89 Proz. der sächsischen Lehrerschaft haben sich durch diese Urabstimmung auf dem Boden der Weltanschauung des sächsischen Lehrervereins gestellt; sie fordern die weltliche Schule, in der es keinerlei konfessionelle Bindungen gibt. Die Zahl der Anhänger der weltlichen Schule ist aber weit größer, da unter den 1518 ablehnenden Stimmen nicht nur Anhänger der Konfessionsschule zu finden sind, sondern auch solche auf dem Boden der weltlichen Schule lebende Mitglieder, die die Erteilung eines religionsgeschichtlichen und Sittenunterrichts als besonderes Verlangen grundrisslich ablehnen, weil sie verlangen, daß die gesamte Schularbeit eingeleitet sein soll auf die Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit.

Zwickau. Die Stadt erlitt bei dem Verkauf von Nahrungsmitteln über eine Million Mark Verlust. Sie hatte zur Versorgung der Bevölkerung große Vorräte an Mehl, Getreide und Marmelade mit 6 Mt. angekauft, die sie jetzt infolge des Preissturzes mit 2,60 Mt. und 2,50 Mt. verkaufen muß.

Döbeln. Der Vorrat der Stadtverwaltung an Kartoffeln ist so groß, daß der Zentner ausgesäet und abgeteilt mit 12 Mt., nicht abgeteilt sogar mit 6 Mt. abgegeben werden soll.

Wiesenburg bei Zwickau. Ein unterirdischer Felsen gang von 8 Meter Länge, 2,50 Meter Breite und 1,80 Meter Höhe wurde bei Eisenbahnarbeiten in Nähe des Schlosses entdeckt.

Frankenberg. Von unbekanntem Leuten wurde hier der Vögelbach, der sehr forstreich ist, mit Raß vergiftet. Hunderte von Ferkeln sind durch diese gemeine Tat vernichtet worden.

Bärenstein. Ein 19jähriger Arbeiter aus Chemnitz wurde hier verhaftet, der sich als Grenzbeamter ausgab und im Transporthalb Lebensmittel beschlagnahmte, die er ihm begebenen Leuten abnahm.

Marienberg. Von den Grübern des hiesigen Friedhofs werden seit einiger Zeit die Grabsteinplatten aus Serpentinstein gestohlen, auch Türschilder aus Serpentinstein lassen die Diebe mitgehen.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen im Mai 1920.

(Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung.) Die bereits im letzten Monat beobachtete Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat unter dem Einfluß der ungünstigen Wirtschaftslage weiter um sich gegriffen. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat zugenommen, während die Zahl der offenen Stellen in noch stärkerem Maße zurückgegangen ist. Arbeiterentlassungen und Betriebsbeschränkungen mußten in größerem Umfang vorgenommen werden, da Aufträge aus dem In- und Auslande zurückgegangen wurden.

Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften hat nach beendeter Frühjahrseinstellung etwas nachgelassen, sie überstieg aber das Angebot bei weitem. Besonders war an Anechten und noch mehr an Wägden Mangel. Die Vermittlung älterer und verheirateter Anechte stieß wegen der hohen Tariflöhne auf Schwierigkeiten. Die durch die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen aus der Industrie herausgehobenen früheren landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ließen sich nur schwer wieder in die Landwirtschaft vermitteln, da diese die hohen Löhne der Industrie nicht zahlen kann. Die Vermittlung von Industriearbeitern und Arbeiterinnen vollzog sich leichter nach außerstädtischen Gebieten als für die sächsische Landwirtschaft, da die Verdienste besonders in der Provinz Sachsen etwas höher sind. Auch haben die sächsischen Landwirte ihre Abneigung gegen die Einstellung von Arbeitskräften aus der Industrie noch nicht ausgegeben. Nach außerhalb Sachsens ist die Vermittlung in die Landwirtschaft gegenüber dem Vorjahre sehr zurückgegangen. Besonders hat die Vermittlung nach Ostpreußen nachgelassen, weil die Ueberführung durch das polnische Gebiet erschwert ist. Auch stehen in diesem Jahre weniger weibliche Arbeitskräfte zur Verfügung. Nach Burthen, die in größerer Zahl vorhanden sind, ist die Nachfrage gering.

Für Schweizer hat sich die Arbeitsmarktlage nur wenig gebessert. Die Lohnbewegungen der Dresdner Landschaftsgärtner und der Waldarbeiter des Erzgebirges sind beigelegt worden.

Der Bedarf an Arbeitskräften im sächsischen Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau war gering. Für den westsächsischen Steinkohlenbergbau wurde die Vermittlung von ungelerten Arbeitskräften aufgenommen, doch liegen auch hier größere Anforderungen nicht vor, da es an gelerten Bergarbeitern sowie an Unterführungsstellen fehlt. Die Zufuhr böhmischer Braunkohle wurde durch den Streik der Glöbischer behindert.

Die Glas- und keramische Industrie konnte wegen Kohlenmangels nicht voll arbeiten. Da sich die Porzellanindustrie durch Einführung der Gasheizung von der böhmischen Kohle unabhängig zu machen sucht, ist eine Besserung zu erwarten. Gegenwärtig hat jedoch die Zurückziehung der Auslandsaufträge eine

Störung des Geschäftsganges herbeigeführt. In der Dresdner Hartglasindustrie stellen die Arbeiter seit Monatsfrist.

In der Metallindustrie machte sich der Rückgang des Geschäftsganges in Entlassungen und Betriebsbeschränkungen stark bemerkbar. In einer Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik wurden 200 Arbeiter entlassen. Die Bogtlanische Maschinenfabrik in Plauen läßt die Arbeiter in der Automobilbauabteilung abwechselnd in Wochenstunden arbeiten. Auch in der bisher gut beschäftigten Metallindustrie des Schwarzenberger Bezirks ist ein Rückgang eingetreten. Für Anfang Juni waren weiter große Betriebsbeschränkungen angekündigt. Die in mehreren Betrieben dieses Bezirks vorgenommenen Entlassungen ermöglichen es, ein großes Emailwerk besser mit Rohlen zu beliefern, wodurch mehr Arbeiter eingestellt werden konnten.

Das Spinnstoffgewerbe hat unter der Wirtschaftskrisis am meisten gelitten, zahlreiche Auslandsaufträge sind zurückgezogen worden. Im Inland hat die Hoffnung auf weiteres Sinken der Preise einen Rückgang der Kaufkraft bewirkt, wodurch jede Unternehmerlust gehemmt wird. Die Geschäftssituation hat alle Zweige des Spinnstoffgewerbes ergriffen. In den Spinnereien, Webereien und Wirkereten wird verkürzt gearbeitet. Die Teppichwebereien und Korsettfabriken haben gleichfalls geteilte Schicksale erlitten. Am schwersten ist die vogtländische Seiden- und Spitzenindustrie betroffen, wo Arbeiterentlassungen in größerem Umfang vorgenommen wurden und mit vollständigem Stillstand gerechnet werden muß. Auch in der Hausindustrie hat die Beschäftigung nachgelassen.

In der Papierfabrikation hat sich die Lage infolge des Mangels und der hohen Preise für Schmelzholz, Zellstoff und Chemikalien verschärft. Außerdem wurde die volle Ausnutzung der Betriebe durch den Kohlenmangel gehemmt. In der papierverarbeitenden Industrie bestand zum Teil ungedeckte Nachfrage nach Kartonagenarbeiterinnen, während männliche Arbeitskräfte wenig verlangt wurden.

Das Sattler- und Tapezierergewerbe klagt über schlechten Geschäftsgang. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in diesen Berufen vermehrt.

Im Holz- und Schnitstoffgewerbe, das bisher gut beschäftigt war, macht sich die Absatzkrise gleichfalls bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen steigt und es werden sogar Tischler auf gute Möbel entlassen. In der Stuhlindustrie sind die Aufträge zurückgegangen. Die Pianoforteindustrie war schlecht beschäftigt. Im Wäbbergewerbe wurde auf Vorrat gearbeitet, um die Arbeitskräfte nicht zu entlassen. In der Spielwarenindustrie muß mit einer Verschlechterung des Geschäftsganges gerechnet werden, da infolge des Steigens des Marktpreises größere Auslandsaufträge zurückgezogen worden sind.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wurden für Bäcker, Fleischer und Brauer nur wenige offene Stellen gemeldet. Größere Nahrungsmittelfabriken mußten ihre Betriebe einschränken. Die Schokoladen- und Zuckerwarenabriken waren noch teils beschäftigt. In der Molkereindustrie fanden in kleineren Betrieben unter der Wirkung der Tabaksteuer Entlassungen statt. In der Molkereindustrie konnte der bisherige Beschäftigungsgrad aufrechterhalten werden.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe hat die Zahl der arbeitslosen Schneider und Schneiderinnen zugenommen. In der Schuhindustrie ist ein erhebliches Anwachsen der Arbeitslosen in der nächsten Zeit zu erwarten. Die Dresdner Schuhfabriken haben für den 15. Juni 800 Schuhmachern getündigt. Die Kürschner sind noch gut beschäftigt. Dagegen hat die gute Geschäftslage in der Strohhutindustrie ihr Ende erreicht, wodurch die Zahl der Arbeitsuchenden um das Dreifache gestiegen ist.

Im Baugewerbe ist keine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten. Der Mangel an Ziegeln und Zement und die gestiegenen Preise wirken hemmend auf die Bautätigkeit, so daß teilweise die Zahl der arbeitslosen Bauhandwerker zugenommen hat. Der Bau von Bergarbeiterheimstätten ermöglicht die Unterbringung einer größeren Zahl von Arbeitskräften. Im Malergewerbe hat die zeitweise Besserung des Geschäftsganges nachgelassen.

Im Verpflegungsgewerbe ist keine Veränderung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Vermittlungsaufträge gingen nur spärlich ein. Das Angebot an Arbeitskräften überstieg die Nachfrage erheblich.

Im Handelsgewerbe zeigte sich ein starkes Nachlassen des Stellenangebots, besonders bei den männlichen Kräften. Ungebede Nachfrage bestand nach Maschinenfabrikerinnen und Stenotypistinnen, die auch durch Ausbildungskurse nicht in genügender Zahl gewonnen werden konnten.

Im Gastwirts- und Hotelgewerbe stieg die Beschäftigung in den Stadtwirtschaften nach. Für Gartenbetrieb stieg die Nachfrage nach Aushilfspersonal, wobei weibliche Kräfte bevorzugt wurden. Die Nachfrage nach weiblichen Hauspersonal war nach dem Wertjahreswechsel geringer, jedoch stand ein entsprechendes Angebot nicht zur Verfügung. Besonders fehlte es an erprobten Kräfte für besseres Hauspersonal, das früher zum Teil aus den Kreisen des Mittelstandes hervorgegangen ist. Auch hier scheint die Neigung für hauswirtschaftliche Berufe nachgelassen zu haben.

Die ungelerten Berufe sind durch die Folgen des Schieferstreichs und den Rückgang des Wirtschaftslebens in besonderem Maße betroffen worden. Im Verkehrsgewerbe fehlte es an Transportführern. In den Fabriken wurden die entbehrlichen ungelerten Kräfte zunächst entlassen. Soweit Nachfrage besteht, werden auch für die ungelerten Berufe in erster Linie jüngere Kräfte verlangt.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bezirksverband Grimma. Auf die Warenbezugskarten werden vom 1.—5. Juli verabsagt: auf die rote Marke Q, Nr. 5 250 Gramm Haferflocken für 140 Pf., 200 Gramm Graupen oder Gerste für 20 Pf., auf die gelbe und grüne Kinderkarte Marke Q, Nr. 3 500 Gramm Hafermehl zu 280 Pf. Gleichzeitig gelangt als Brotausfluß Marmelade zum freien Verkauf. Abgabe an Händler bei den Verteilungsstellen: 30. Juni. Gefäße sind mitzubringen.

Holzhausen und Judelshausen. Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, findet hier Elternversammlung und Reuewahl des Elternrates statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen und jeder Genossin, in der Versammlung zu erscheinen.

Büdorf. Gemeinderatsitzung. Um eine bessere Regelung des Eisenbahnverkehrs zu erreichen, wurde ein Verkehrs-ausschuß gewählt. Der Gemeindevorstand wurde ersucht, diese Anregung sämtlichen benachbarten Gemeinden zu unterbreiten, damit überall derartige Ausschüsse gebildet werden, die dann gemeinsam versuchen sollen, durch Eingaben und Petitionen an die Eisenbahndirektion eine bessere Zugverbindung zu erreichen. In den Fürsorgeausfluß wird an Stelle der durch Verzug ausgelassenen Frau Stoppel die Genossin Kuebach einstimmig gewählt. Die Gehaltsbezüge der Gemeindebeamten wurden abermals erhöht, und zwar bei dem Gemeindevorstand um 33 1/2 Proz., bei dem Schulmann um 45 Proz. und bei der weiblichen Hilfskraft um 50 Proz. Die Besoldung des Gemeindevorstandes in Ruhe wurde ebenfalls um 33 1/2 Proz. erhöht. Die Gemeindebeamten haben zwar damit nicht die Staatslöhne erreicht, erhalten aber mit diesen Zulagen ein auskömmliches Gehalt. Ein Antrag, die Bildung eines Ortsklubbes nach den Richtlinien des Ministeriums vorzunehmen und die Einzelungsliste auszuliegen, wird einstimmig angenommen. Die Haftpflichtversicherung für die Feuerwehr sowie für die Gemeindebeamten wurde um Doppelte erhöht. Das Bauwörterbuch der Firma Gens wurde mit dem Bemerkten an die Amts-

hauptmannschaft zurückgegeben, daß eine Beförderung nicht mehr erfolgen kann, da der Bau bereits vollendet ist. Die Amtshauptmannschaft möge aber die Firma Gens veranlassen, in Zukunft erst die Zeichnungen der Gemeinde zur Begutachtung vorzulegen und dann nach der amtshauptmannschaftlichen Genehmigung den Bau vornehmen. Gegen die Aufhebung der behördlichen Lang-aussicht hat die Gemeinde nichts einzumenden. Voraussetzungen ist aber, daß der Wert dafür Sorge trägt, daß Kinder und jugendliche Personen unter 16 Jahren den Saal zu verlassen haben.

Götha. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde bekanntgegeben, daß die kürzlich stattgefundenen Frauenbauflamme-lung zum Besten der Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen einen Ertrag von 350,50 Mt. erbracht, und daß die an die Eisenbahndirektion Halle wegen Besserung der Zugverbindung auf der hiesigen Strecke gefandte Eingabe Anlaß zu Erhebungen gegeben hat. Seit dem 1. d. M. ist bereits eine Verbesserung eingetreten. Von der Auszahlung des der Gemeinde von der verstorbenen Pelvata verm. Schellbach letztwillig zugewendeten Legates in Höhe von 4500 Mt. wurde dankend Kenntnis genommen. — Es ist in letzter Zeit mehrfach wahrzunehmen gewesen, daß auswärtige Interessenten für ihre Veröffentlichungen die hiesigen Blätter benutzen, ohne hierzu die Erlaubnis einzuholen. Dieses Gebot ist unstatthaft. Es wird bestimmt, daß in Zukunft für auswärtige Veröffentlichungen je nach der Größe Gebühren in Höhe von 3—5 Mt. vorher zu bezahlen und daß bei Unterlassung der Einholung der erforderlichen Erlaubnis Bestrafung einzutreten hat. — Zu einer von der Amtshauptmannschaft gewünschten gutachtlichen Äußerung über die fernere Beibehaltung der Saal-polizei nahm man eine ablehnende Stellung ein. — Auf die Eingabe des Ingenieurs Kurt Vogel, der zur Verhütung von Einbruchdiebstählen ein Ergeißeln von Rahmnamen ersucht und hierzu Vorschläge angibt, wurde nach längerem Meinungs-austausch beschlossen, durch einen öffentlichen Aukruf die erwachsenen männlichen Einwohner zu ersuchen, sich einem zu bildenden Ortsklubbe freiwillig zur Verfügung zu stellen. — Das Gesuch des Vorstands der deutschen Heilmätker in Davos um Bewilligung eines Beitrags wurde abgelehnt. — Als Leichenfrau wurde für den Bezirk an Stelle der bisherigen Leichenfrau Wagner Frau Margarete Wiedermann gewählt. — Der mit Herrn Dr. Kramer wegen Eingemeindung seines selbständigen Gutes abgeschlossene Vertrag wurde bestätigt; der von hier wohnhaften Bergarbeitern gestellte Antrag um Erstattung des Jahresbesolden von und nach ihrer Arbeitsstätte wurde abgelehnt. — Es wurde bekanntgegeben, daß die Regierung von der Errichtung einer Kraftwagenlinie Großschöder-Götha-Zwenkau vorläufig Abstand genommen hat. — Dem Fußballklub Götha erwidelte man bedingungsweise die Erlaubnis, im hiesigen Bade Schwimmbädern und ein Schwimmfest abzuhalten. — Vom Kirchenvorstand wird die Errichtung eines Gebetsraumes für die aus der Gemeinde Gefahrenen auf dem Friedhofe geplant. Da als geeigneter Platz zu diesem Zweck der Platz vor dem Rathaus angesehen wird, soll dies dem hiesigen Kirchenvorstand zur Erwägung anbeigegeben werden. — In nichtöffentlicher Sitzung wurden Sparkassensachen erledigt.

Belgershainer Turner hoch zu Ross! Am Sonntag, dem 20. Juni, feierte der Allgemeine Turnverein zu Belgershain sein 57jähriges Stiftungsfest. Das Fest sollte eine „wichtige Demonstration gegen die Freier Turnerschaft“ sein. Mittags 12 Uhr gasspazierten 3 Turner mit Gehrod und Zoller hoch auf stolzem Ross hin und her, um die auswärtigen Vereine in Empfang zu nehmen. Um 1/2 Uhr setzte sich der Festzug in Bewegung. An der Spitze 3 Bauernjöhne mit dem unvermeidlichen „Schwenker“ und „Ese“ auf geschmückten Rossen. Führer des Festzuges waren 3 gewerkchaftlich organisierte Arbeiter. Es folgte der starke Belgershainer Verein, 18 Mann, wovon die große Hälfte der organisierten Arbeiter angehört. Neben kamen die fremden Vereine, meist jugendliche und Jungfrauen. Der Festzug bewegte sich nach dem Rittergut und dem südl. Schloß, um seinen Durchlaucht Fürst von Schomburg-Waldenburg und dem Herrn Defonomierat Bauer eine Huldigung ganz ergebenst darzubringen. Aber die hohen hohen Herrschaften plängten durch Abwesenheit und die wackeren Turner mußten mit tiefbetäubtem Gesicht wieder ihre stille Straße ziehen.

Auf dem Festplatze hielt der Vorstand, ein Waldarbeiter, die Festrede, worin er auf die Spaltung des Vereins zu sprechen kam. Er kann es noch immer nicht begreifen, warum die große Hälfte zur Freien Turnerschaft übergetreten ist. Der Sturm vom 8. November hat seinen Untergrund noch nicht berührt. Amüßert haben sich die Deutschen aber vortrefflich. Schon am Schluß des Turnens konnte man wachende und am Schluß des Festes glänzende Gestalten sehen, die allem andern ähnlich sahen, bloß keinem Turner. Den freien Turnern hat diese zu ihrer Bekämpfung bestimmte Demonstration sicherlich nichts geschadet. Der Allgemeine Turnverein dürfte sich aber um den letzten schicksaligen Akt seines Unsehens bei den Dreizehnwöhner gebracht haben. Er wäre schon längst erledigt, wenn nicht die Handwerksmeister ihre Lehrlinge in den Verein zwingen würden. An den Eltern wird es liegen, diesem Treiben ein Ende zu machen. Heraus aus der deutschen Turnerschaft, hinein in die Freie Turnerschaft muß die Parole eines jeden denkenden Arbeiters sein.

Gewerkschaftsbewegung.

Wieder eine Arbeitsgemeinschaft.

Unter den Gewerkschaftsmitgliedern steigt die Abneigung gegen die Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern mehr und mehr. Eine Anzahl Verbandstage haben sich gegen eine Beteiligung an ihnen ausgesprochen. Man sollte also annehmen, in den Gewerkschaftsvorständen würden sich allerhand Bedenken geltend machen, neue Arbeitsgemeinschaften einzugehen. Beim Vorstand des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer Deutschlands scheinen solche Bedenken aber nicht vorhanden zu sein, denn er ist am 24. Juni mit der Gemeinschaft der Arbeitgeberverbände der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Deutschlands eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen, die sich Reichsarbeitsgemeinschaft für Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke nennt. Als Ziele des Zusammenarbeitens wurden betont:

„Die Mitarbeit bei der Rohstoffbeschaffung für die vertretenen Industriegruppen, sowie bei der Erreichung wirtschaftlichster Ausnutzung der in der Rohle enthaltenen Energie; ferner auch sonst ein Einwirken auf die sachlich richtige Lösung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die genannten Industriezweige; in sozialer Hinsicht Erreichung der größten Wirtschaftlichkeit durch weiteren Zusammenfluß der Elektrizitätsunternehmungen und Ausgleich etwa widerstreitender Interessen; endlich wurde als Grundlage für ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, das bei den für das Volkwohl so notwendigen Betrieben im allgemeinen Interesse liegt, ein ausgleichendes Wirken bei den bezirkslichen Festsetzungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen als erforderlich bezeichnet. Entsprechend dem sachlichen Aufbau der Reichsarbeitsgemeinschaft soll auch weiter die sachliche Regelung dieser Fragen das Ziel bleiben.“

Wie weiter mitgeteilt wird, wurde der vorgelegte Satzungsentwurf einstimmig gutgeheißen, die Wahlen zu den Organen erledigt und als vorläufige Geschäftsstelle die der Gemeinschaft der Arbeitgeberverbände der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke in Berlin, Wilhelmstraße 37, bestimmt.

Allgemein bringt auch in Gewerkschaftskreisen die Auffassung mehr durch, daß die Gewerkschaften nicht berufen sind, ein gutes Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit anzustreben, sondern den Kampf zur Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise

